

Metal-Arbeiter-Zeitung.

Organ für die Interessen der Metallarbeiter.

Publikations-Organ des deutschen Metallarbeiter-Verbandes, der Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (C. S. Nr. 29, Hamburg) und der freien Vereine der Metallarbeiter Deutschlands.

Erscheint wöchentlich einmal Samstags. Abonnementspreis bei der Post 80 J., in Partien direkt durch die Expedition billiger. Einzel-Abonnement nur bei der Post.

Nürnberg, 1. September 1894.

Insertats die viergespaltene Heftzelle oder deren Raum 20 J. Redaktion und Expedition: Nürnberg, Welzenstraße 12.

Zur Erinnerung an Lassalle.

Am 31. August waren es 30 Jahre, daß Ferdinand Lassalle seinen großen Geist aushauchte. Als damals, 1864, die Kunde davon sich verbreitete, erregte sie allenthalben Theilnahme und Interesse, unter den Mitgliedern des von Lassalle gegründeten allgemeinen deutschen Arbeitervereins erregte sie große Bestürzung. Sie konnten nicht glauben, daß Lassalle in einem Duell gefallen, sie glaubten vielmehr an einen vorbedachten Anschlag, der von den Gegnern angezettelt worden sei, um den gefährlichen Agitator aus dem Wege zu räumen und feierten daher den Gefallenen als das Opfer einer nichtswürdigen politischen Intrigue.

„Der Name Lassalle wurde zum Banner“, sagt Bernstein in dem dreibändigen Werke „Ferd. Lassalle's Leben und Schriften“, für das sich die Massen immer mehr begeisterten, je mehr die Schriften Lassalle's in's Volk drangen. Für den unmittelbaren Erfolg berechnet, mit einem außergewöhnlichen Talent geschrieben, populär und doch die theoretischen Gesichtspunkte hervorhebend, übten sie und üben sie zum Theil noch heute eine große agitatorische Wirkung aus. Das „Arbeiterprogramm“, das „Offene Antwortschreiben“, das „Arbeiterleibuch“ u. s. w. haben Hunderttausende für den Sozialismus gewonnen. Die Kraft der Ueberzeugung, die in diesen Schriften weht, hat Hunderttausende zum Kampf für die Rechte der Arbeit entflammt. Dabei verließen sich die Lassalle'schen Schriften nie in ein gegenstandsloses Phrasengeklingel, — ein verständiger Realismus, der sich zwar gelegentlich in den Mitteln vergreift, der aber stets die Wirklichkeit im Auge zu behalten sucht, herrscht in ihnen vor und hat sich durch sie auch der Bewegung mitgetheilt. Von Lassalle in seiner Praxis eher etwas zu viel hatte, davon hat er in seine ersten und besten Agitationschriften das rechte Maß dessen hineingelegt, was die Arbeiterbewegung brauchte. Wenn die deutsche Sozialdemokratie den Werth einer kräftigen Organisation zu allen Zeiten zu schätzen gewußt hat, wenn sie von der Nothwendigkeit des Zusammenfassens der Kräfte so durchdrungen ist, daß sie auch ohne das äußere Band einer Organisation doch alle Funktionen einer solchen aufrecht zu erhalten gewußt hat, so ist das zum großen Theil eine Erbschaft der Agitation Lassalle's. Es ist eine unbestreitbare Thatsache, daß diejenigen Orte, wo in der Arbeiterschaft die Traditionen der Lassalle'schen Agitation am stärksten waren, in Bezug auf die Organisation in der Regel am meisten geleistet haben.“

Lassalle hat mit den zwei Zauber- mitteln unserer Bewegung, durch die sie groß geworden ist, mit der Agitation und Organisation, seine Thätigkeit in der deutschen Arbeiterwelt begonnen. Die Agitation, d. h. die Aufklärung, wurde mit dem „Arbeiterprogramm“ („Ueber

den besonderen Zusammenhang der gegenwärtigen Geschichtsperiode mit der Idee des Arbeiterstandes“) eingeleitet. In großen Zügen entwickelt in diesem Vortrag Lassalle die Entwicklungsgeschichte vom Mittelalter bis zur Gegenwart, die wirtschaftlichen Verhältnisse als die innere, treibende revolutionäre Kraft darlegend. Treffend sind die Worte über die Revolution, mit der sich „unabhängige“ und „anarchistische Revolutionsgiger“ in unsern Tagen so spielend leicht unterhalten. „Man kann nie eine Revolution machen; man kann immer nur einer Revolution, die schon in den tatsächlichen Verhältnissen einer Gesellschaft eingetreten ist, auch äußere rechtliche Anerkennung und konsequente Durchführung geben. Eine Revolution machen wollen, ist die Thorheit unreifer Menschen, die von den Gesetzen der Geschichte keine Ahnung haben.“

Klar und überzeugend zeigt Lassalle die Klassengegenätze, die Interessenverschiedenheit zwischen den Besitzlosen und den Besitzenden Klassen, die ökonomische und politische Bedrücktheit der einen und die ökonomische und politische Herrschaft der anderen. Er zeigt, wie das jeweilige herrschende Gesellschaftsprinzip, in der Gegenwart der Kapitalismus, allen Verhältnissen und Einrichtungen seinen besonderen Stempel aufdrückte und Alles damit erfüllt. Er weist nach, wie das persönliche Interesse der Besitzenden im Gegensatz zu der Kulturentwicklung der Nation steht, welcher die hohe und notwendige Unsittlichkeit der Besitzenden Klassen hervorruft. „Es ist ein Leben, dessen tägliche Bedingungen Sie sich nur zu gegenwärtigen brauchen, um den tiefen inneren Verfall zu fühlen, zu dem es führen muß. Sie täglich widersehen müssen allem Großen und Guten, sich betrüben müssen über sein Gelingen, über sein Mißlingen sich freuen, seine weiteren Fortschritte anhalten, seine bereits geschehenen rückgängig machen oder verwünschen zu müssen. Es ist ein fortgesetztes Leben wie in Feindes Land — und dieser Feind ist die sittliche Gemeinshaft des eigenen Volkes, in der man lebt und für welche zu streben alle wahre Sittlichkeit ausmacht. Es ist ein fortgesetztes Leben, sage ich, wie in Feindes Land, dieser Feind ist das eigene Volk und daß es als der Feind angesehen und behandelt wird, muß noch wenigstens auf die Dauer listig verheimlicht und diese Feindschaft mit mehr oder weniger künstlichen Vorhängen bekleidet werden (heute behandelt man ohne Vorhänge offen das Volk als den „inneren Feind“).

Dazu die Nothwendigkeit, dies Alles entweder gegen die eigene Stimme des Gewissens und der Intelligenz zu thun oder aber diese Stimme schon gewohnheitsmäßig in sich ausgevottet zu haben, um nicht von ihr belästigt zu werden, oder endlich diese Stimme nie gekannt, nie etwas besseres und anderes gekannt zu haben, als die Religion des eigenen Vortheils!

Dieses Leben, meine Herren, führt also nothwendig zu einer gänzlichen Geringschätzung und Verachtung alles Ideellen (idealen?) Strebens, zu einem mitleidigen Lächeln, so oft der große Name der Idee (des Ideals?) nur ausgesprochen wird, zu einer tiefen Unempfänglichkeit und Widerwilligkeit gegen alles Schöne und Große, zu einem vollständigen Untergang aller stillen Elemente in uns in die Eine Leidenschaft des selbstsüchtigen Vortheils und der Genußsucht.“

Im Gegensatz hierzu ist die Sache der arbeitenden Klassen — der unteren Klassen der Gesellschaft — die Sache der ganzen Menschheit, sie fällt zusammen mit der Entwicklung des gesammten Volkes, mit dem Siege der Idee, mit dem Fortschreiten der Kultur und mit dem Lebensprinzip der Geschichte selbst, welche nichts anderes ist als die Entwicklung der Freiheit.

Daraus folge für Alle, welche zum Arbeiterstande gehören, die Pflicht einer ganz neuen Haltung. Nichts ist mehr geeignet, einem Stande ein würdevolles und tiefstilles Gepräge aufzudrücken, als das Bewußtsein, daß er zum herrschenden Stande bestimmt, daß er berufen ist, das Prinzip seines Standes zum Prinzip des gesammten Zeitalters zu erheben, seine Idee zur leitenden Idee der ganzen Gesellschaft zu machen und so diese wiederum zu einem Abbilde seines eigenen Gepräges zu gestalten.

„Die hohe weltgeschichtliche Ehre dieser Bestimmung muß alle Ihre Gedanken in Anspruch nehmen. Es ziemt Ihnen nicht mehr die Laster der Unterdrückten, noch die mühsigen Zerstreuungen der Gedankenlosen, noch selbst der harmlose Leichtsin der Unbedeutenden. Sie sind der Fels, auf welchem die Kirche der Gegenwart gebaut werden soll!“

„Der hohe sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der sich mit einer verzehrenden Ausschließlichkeit Ihres Geistes bemächtigen, Ihr Gemüth erfüllen und Ihr gesamtes Leben als ein seiner würdiges, ihm angemessenes und immer auf ihn bezogenes gestalten muß. Der sittliche Ernst dieses Gedankens ist es, der, ohne Sie je zu verlassen, vor Ihrem Innern stehen muß in Ihrem Atelier, während der Arbeit, in Ihren Mußestunden, Ihren Spaziergängen, Ihren Zusammenkünften; und selbst, wenn Sie sich auf Ihr hartes Lager zur Ruhe strecken, ist es dieser Gedanke, welcher Ihre Seele erfüllen und beschäftigen muß, bis sie in die Arme des Traumgottes hinübergleitet. Je ausschließlicher Sie sich vertiefen in den sittlichen Ernst dieses Gedankens, je ungetheilter Sie sich der Gluth desselben hingeben, um so mehr werden Sie wiederum — besser seien Sie sicher — die Zeit beschleunigen, innerhalb welcher unsere gegenwärtige Gesellschaftsperiode ihre Aufgabe zu vollziehen hat, um so schneller werden Sie die Erfüllung dieser Aufgabe herbeiführen.“

Das wichtigste Mittel zur Erringung des Sieges lag für Lassalle auf po-

litischen Gebiete, es war das allgemeine und direkte Wahlrecht.

Im „Offenen Antwortschreiben“ tritt Lassalle der von Schülke-Delisch mit seinen Genossenschaften betriebenen Verquickung der Kapitals- und Arbeitsinteressen, der Harmoniebusel entgegen und betont die Nothwendigkeit der Abschaffung der Lohnarbeit durch Vergesellschaftung der Produktionsmittel. Praktisch, wie Lassalle die Sache angepaßt, wollte er auch direkt auf dieses Ziel lossteuern und zwar durch die Produktiv-Association mit Staatskredit. Das war ein Fehlgriß, allein er war nicht derart, daß er die Entwicklung der Bewegung selbst hätte hindern oder gar aufhalten können und es fällt in der That auch Niemandem ein, daraus, sowie aus anderweitigen Irrthümern, z. B. des „ehernen Lohngesetzes“, eine Schmälerei der großen Verdienste Lassalle's um die Arbeiterbewegung abzuleiten. Worauf es bei Würdigung Lassalle's für uns ankommt, das ist, daß er mit aller Klarheit die Klassengegenätze in der kapitalistischen Gesellschaft bloßlegte, daß er sie den deutschen Arbeitern zum Bewußtsein brachte, daß er den Klassenkampf proklamirte und eröffnete und daß er als das Ziel den Sozialismus lehrte.

Daß er mit der Agitation gleich die Organisation durch die Gründung des allgem. deutschen Arbeitervereins verband, also die organisatorische Zusammenfassung der zerstreuten proletarischen Kräfte, erhöhte seine Verdienste noch mehr. Wissen wir doch genugsam aus Erfahrung, welche schweres Werk heute noch, nachdem die deutsche Arbeiterbewegung drei volle Jahrzehnte hinter sich hat, das Organisiren der Arbeiter ist. Allerdings ist im Gegensatz zur Lassalle'schen Organisation, welche ausschließlich politischer Natur war, unsere heutige zwiespältige Aufgabe, der politischen und gewerkschaftlichen Organisation, auch eine schwierigere; allein wir können auf eine dreißigjährige Wirksamkeit der Arbeiterbewegung zurückblicken, während Lassalle seiner Zeit sozusagen jungfräuliches Gebiet bebaut.

Über trotz aller Schwierigkeiten ist in den drei Dezennien die deutsche Sozialdemokratie zu einer von den Freunden bewunderten, von den Feinden gefürchteten Macht geworden und ist es darum nur gerecht, alle Jahre an seinem Todestage unseren großen Vorkämpfer Lassalle einige Worte der Erinnerung zu weihen, um sein Andenken heilig zu halten, aber auch, um einen Rückblick auf die bisher zurückgelegte Bahn zu werfen und durch einen Ausblick sich zu vergegenwärtigen, welche Riesearbeit bis zur Erreichung des Zieles noch zu verrichten ist. In dem noch vor uns liegenden Kampfe kann der Appell, welchen Lassalle 1862 an die Berliner Arbeiter richtete, daß sie sich mit sittlichem Ernst, mit sittlicher Gluth ausschließlich dem Gedanken an die ihnen zugefallene hohe weltgeschichtliche Mission, der Abschaffung aller Klassenherrschaft widmen sollen, nicht oft genug wiederholt werden.

Gegensätzlich sein sollen uns stets die Verse der deutschen Arbeiter-Marxistalke:

Ist auch der Säemann gefallen, Auf gutem Boden fiel die Saat; Uns aber bleibt die kühne That, Geil'ges Vermächtniß sei sie Allen!

Die Pflege des Klassenbewusstseins durch die Gewerkschaften. III.

Ix. Ehe ich auf die nun klar präzisirte Frage eingehe, möchte ich noch rasch meine Behauptung belegen, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Arbeitslosenunterstützung geeignet erscheint, die Existenz der Gewerkschaften auf das Spiel zu setzen. Die von dem „Correspondenzblatt“ angeführten Zahlen, daß gerade die Gewerkschaften mit Unterstützungsklassen den größeren Prozentsatz der Arbeiter ihrer Branche umfassen, können hier nicht zum Beweise herangezogen werden, weil die Entwicklung des Gewerkschaftswesens in Deutschland durchaus nicht mustergiltig ist. Wir müssen die Beweise aus der englischen und belgischen Gewerkschaftsbewegung herbeiholen.

Geradezu klassisch sind hier die Erfahrungen an dem berühmten englischen Gewerbeverein der „Vereinigten Maschinenbauer“ Großbritanniens, der im Jahre 1886 nahe daran war, durch die industrielle Reservearmee ruiniert zu werden.

In der „Justice“ Jahrg. 1887 schrieb der englische Sozialist Hyndmann Folgendes:

„Der Gewerbeverein der „Vereinigten Maschinenbauer“ hatte am Schluß des Jahres 1886 nicht weniger als 439 Zweigvereine und 52,019 Mitglieder. Das Gesamtvermögen des Vereins belief sich im letzten Jahre auf £ 3,473,740 (der Anschaulichkeit halber übertragen wir die Zahlen gleich auf den deutschen Münzfuß), die Gesamtausgaben auf £ 3,610,280 oder £ 69,46 pro Mitglied. Von der Einnahme entfielen £ 3,332,760 auf direkte Beiträge, Bußen und Sammlungen. Aber — und das ist das Verwunderliche der Situation — nicht weniger als £ 1,729,000 wurden für Arbeitslosenunterstützung ausgegeben gegen £ 1,573,380 im Jahre 1885, das selbst ein sehr schwieriges Jahr war, d. h. gegen £ 30,55 im Jahre 1885, entfielen im Jahre 1886 £ 98,00 für Arbeitslosenunterstützung pro Mitglied! Für Krankheits-, Alters- und Beerdigungunterstützung wurden £ 1,465,900 oder pro Mitglied £ 32,03 ausgezahlt.“

In Bezug darauf bemerkt der leitende Sekretär sehr treffend:

„Die für diese drei Unterstützungszwecke notwendigen Ausgaben werden sich nach dem Gesetz der Durchschnittszahlen so sicher wiederholen, als die Nacht auf den Tag folgt, und daher stellt sich Euch, wenn diese gedeckt sind, die Frage, was bleibt Euch von Euren regelmäßigen Beiträgen zur Deckung Eurer sonstigen Verbindlichkeiten? Eine sicherlich unangenehme Frage, die aber mit gleichem oder noch größerem Recht auch an andere Gewerbevereine gestellt werden muß. Denn, man bemerke wohl, diese große Ausgabe von £ 1,730,000 für Arbeitslose war nicht etwa einem großen Streik geschuldet; die Lage der Industrie war eine gedrückte und wird so bleiben, und die Ursachen der Zunahme der Arbeitslosenunterstützung sind unserer Erachtens dauernde. Demgemäß sehe man sich die folgenden Zahlen noch genauer an und beherrzige sie wohl. Ende des Jahres 1874 betrug das Vermögen des Vereins £ 4,779,780 oder £ 110,79 pro Mitglied, Ende 1875 war es auf £ 5,292,320 oder £ 120,21 pro Mitglied angewachsen und 1879 erreichte es den höchsten Stand mit £ 5,502,920 oder £ 123,46 pro Mitglied, den es 1877 ungefähr einhielt. 1878 war der Vermögensstand £ 5,039,500 oder £ 110,83 pro Mitglied, d. h. im Verhältnis der gleiche wie 1874. Von da ab ist der Rückgang ein stetiger und bedeutender, bis im Jahre 1885 die Bilanz mit einem Guthaben von £ 2,382,000 oder £ 46,08 pro Mitglied abschließt, das nunmehr, Ende 1886, nur noch £ 2,233,560 oder £ 42,92 pro Mitglied beträgt.“ (1890 allerdings wieder langsam auf £ 70,52 pro Mitglied gestiegen; Handw. d. Staatsw. IV. p. 17.)

„Sein Wunder, daß der Generalsekretär, Herr Wilson, Angst bekommt und die oben zitierte Frage aufwirft. Es ist in der That von der höchsten Bedeutung, daß irgend Jemand diese Aufgabe ernsthaft aufnimmt, denn die obigen Zahlen bedeuten nichts Geringeres, als den rapid herannahenden Bankrott des stärksten Gewerbevereins der Welt.“

Aber genau das Gleiche gilt für die übrigen Gewerkschaften. In derselben englischen Zeitschrift schrieb darüber der englische Sozialist James Blackwell. *) „Das Blaubuch, das soeben von Herrn John Burnett, dem Korrespondenten des Handelsamtes über Arbeiterangelegenheiten übergeben worden ist, sollte von Allen, die an der Emanzipation der Arbeiter Interesse haben, sorgfältig studirt werden. Die Zahlenangaben, die es enthält, sind von den Beamten der Gewerkschaften selbst geliefert, und von einem Manne, der ihnen persönlich befreundet ist, bearbeitet worden. Wir können daher annehmen, daß die möglichst günstigste Lesart bevorzugt worden ist. Und trotzdem zeigt die flüchtige Durchsicht der gegebenen Zahlen jedem Denkfähigen, daß die britischen Gewerkschaften einer sehr schlimmen Zukunft entgegengehen. Die Gesamtzahl der Gewerkschaftsmitglieder unseres Landes wird auf 600,000 geschätzt, über 196,841 von ihnen, die den 18 hauptsächlichsten Vereinigungen angehören, wird in dem Bericht Mittheilung gemacht. In dreizehn dieser Vereinigungen überstiegen im letzten Jahre die Ausgaben bei Weitem die Einnahmen. Zum Beispiel verausgabten die vereinigten Maschinenbauer 7000 Pf. St., die Eisengießer 8000 Pf., die Dampfmaschinenarbeiter 16,000 Pf. über ihre Einnahmen. . . Die Erklärung für die schlechte Geschäftslage findet man, wenn man die Tabellen durchsieht, in denen die für Arbeitslose ausgegebenen Zahlen aufgezählt sind.“

Table with 2 columns: Profession and Pf. St. values. Includes Maschinenbauer (86460), Zimmerleute und Bauschreiner (40792), Dampfmaschinenarbeiter (5823), Eisengießer (32856), Kesselarbeiter (37414), Londoner Schriftsetzer (5442), Grobschmiede (2923).

Sn. 213937 = £ 4,278,740

Die Veranschlagung einer so gewaltigen Summe für die Arbeitslosen eines Jahres (während der Periode des wirtschaftlichen Aufschwunges!) sollte selbst die konservativsten Gewerkschaften zum Nachdenken veranlassen über eine Organisation der Arbeit, welche solche Verschleuderung unnötig macht. So groß diese Ausgabe ist, so genügt sie doch schließlich, die Arbeiter in den Stand zu setzen, den Kampf siegreich fortzusetzen. Es ist schwierig genug für einen Mann auszukommen, wenn er voll beschäftigt ist, besonders wenn er Familie hat. Ist er außer Arbeit, so erspart die Gewerkschaftsunterstützung ihm durchaus nicht den Druck der Armut. Im letzten Jahre waren in den genannten acht Gewerkschaften nahezu 15,000 von einer Gesamtmitgliedszahl von 131,000 (durchschnittlich) arbeitslos.“

Das sind die englischen Erfahrungen und sie sprechen eine gewichtige Sprache gegen die Arbeitslosenunterstützung.

Dasselbe lehrt die historische Entwicklung der belgischen Gewerkschaftsbewegung. Da ich auf diesen Punkt an anderer Stelle zurückzukommen gedenke, so verweise ich hier nur auf die Arbeit des Genossen Vandervelde**), der eingehend nachweist, wie bei jeder Gewerkschaft — und sie führen ja ihren Ursprung auf reine Unterstützungsvereine zurück — die ursprünglich mannigfachen Aufgaben: Regelung der Arbeiterzahl, des Lehrlingswesens, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung zc. sich gleichzeitig mit der Automatisierung der Produktionsweise, die das Eindringen ungelerner Arbeiter ermöglicht, vereinfachen, wie ein Programmpunkt nach dem andern als utopistisch gegenüber der fortschreitenden Kapitalisti-

*) Vergl. Sozialdemokrat. Zürich 1887 Nr. 34.

**) Les Associations professionnelles en Belgique. S. II pg.

schon Produktionsweise fallen gelassen wird und die Grundforderungen der Arbeiterbewegung: Lohn, Arbeitszeit und Arbeitsvermittlung als alleinige Ziele und Aufgaben des Klassenkampfes bestehen bleiben.

Aber auch nach der Ansicht meiner Opponenten soll die Unterstützungsfrage nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zwecke sein, und da kommen wir wieder auf den Kardinalpunkt unserer Kontroverse zurück. Ich behaupte, die Unterstützung der Arbeitslosen, wenn diese nur halbwegs wirksam sein soll, fördert nicht die Energie des Klassenkampfes, sondern lähmt dieselbe — ganz abgesehen davon, daß sich eine wirksame Arbeitslosenunterstützung durch die Gewerkschaften selbst gar nicht durchführen läßt. — (Natürlich spreche ich immer nur von Unterstützung der Arbeiter, die in Folge der wirtschaftlichen Entwicklung arbeitslos geworden sind, nicht aber von den in Folge einer Aussperrung oder eines Ausstandes arbeitslos Gewordenen.) Und ich sage, die Lähmung der Energie rührt davon her, daß sich die in Arbeit befindlichen, indem sie die industrielle Reservearmee erhalten, sich selbst auf ein niedrigeres Niveau der Lebenshaltung herabschrauben.

Das Arbeitsloos selbst derjenigen Arbeiter, die sich dauernd in Arbeit befinden, sind derartig, daß sie die Degeneration der Arbeiterklasse nicht anzuhalten vermögen. Es ist vielmehr eine bekannte Thatsache, daß die Degeneration des Proletariats rapide Fortschritte macht. Die Gefahr ist groß, größer als Manche glauben mag und zwar nicht bloß für die Gegenwart, sondern mehr noch für die Zukunft. Der Kampf um's Dasein züchtet, wie ich in Nr. 15 der „Met.-Arb.-Ztg.“ auseinandergesetzt habe, willens- und physisch degenerirte Sklaven des Kapitals heran. Aber an den moralischen und physischen Qualitäten hat das Proletariat noch nicht so viel eingebüßt, als daß eine Hebung der Klassenlage nicht im Staube wäre die Degeneration aufzuhalten, dem Proletariat einen Theil seiner Jugendfrische zu wahren . . . und es so wirklich zu den Ahnen eines neuen Menschengeschlechts werden zu lassen. Wie aber, wenn die Elemente, bei denen die degenerirenden Wirkungen durch Hebung ihrer eigenen Klassenlage noch aufgehalten werden können, ihre Lebenshaltung durch Unterstützung der nach dem Lumpenproletariat zu versinkenden Schichten selbst herabschrauben? Dann legen sie selbst die Art an die Wurzeln, aus denen sich die neue Gesellschaft regeneriren soll. Nicht von schwächlichen, degenerirten Individuen kann die neue Zeit geboren werden, sondern nur von solchen, die sich in der Fülle der Kraft befinden, der moralischen und der physischen Kraft. Die Kämpen wehrfähig zu erhalten, das ist die anerkannte Kardinalaufgabe der Gewerkschaftsbewegung. Wir erschweren uns die Lösung dieser Aufgabe, wenn wir auch nur einen Bruchtheil unserer Kraft zur Erhaltung Derjenigen vergeuden, die ein widriges Geschick an die abschüssige Bahn nach unten gedrängt hat. Ob die industrielle Reservearmee nun immer aus denselben Individuen bestehen oder einen fluktuirenden Bestand haben mag, in ihrer Rückwirkung auf den in Arbeit befindlichen Arbeiterstamm bleibt die Wirkung immer die gleiche, wenn von diesen die Unterstützungen getragen werden, die Erhaltung der Arbeitslosen äußert sich in der Verschlechterung des gesammten Menschenmaterials, selbst Derer, die nie unter Arbeitslosigkeit zu leiden gehabt haben. Paßt man sich dieser Seite den Kampf gegen die Wirkungen der Reservearmee an, so ist ein eventueller Sieg der Arbeiter immer nur ein Pyrrhus-Sieg. Meiner Meinung nach muß viel mehr mit nur allen erdenklichen Mitteln das Hinein-

fluthen der Arbeitslosenarmee in die Gewerkschaften verhütet werden. Bei einer Gewerkschaftsbewegung, die nur von klassenbewußten Arbeitern getragen wird, läßt es sich aber sehr wohl erreichen, daß die Arbeitslosenarmee nicht bloß einen ihrer Zahl nach, sondern auch ihren Individuen nach konstanten Bestand aufweist. Vielleicht werden die Praktiker der Gewerkschaftsbewegung dies für unerreichbar erklären, indem sie ausführen, daß es ja gerade das Hauptaugenmerk des Unternehmertums ist, die Kraft der Gewerkschaftsbewegung durch die Boykottirung organisirter Arbeiter zu brechen, und daß der Kampf gegen die Unternehmervillkür nicht aufgenommen werden kann, wenn man die Gewerkschaften nicht von vornherein stark gemacht hat, sei es selbst durch Heranziehung von Indifferenten, für die erst die in die Augen springenden momentanen Vorteile den Anziehungspunkt bilden. — Aber die Thatsachen lehren doch, daß die gewerkschaftlichen Kämpfe nur durch die Elitegruppen, durch den klassenbewußten Kern gewonnen werden sind, und daß die Indifferenten sich nicht bloß als Ballast, sondern geradezu als Hemmschuh erwiesen haben. Soll man nun zuerst das Klassenbewußtsein bei den Indifferenten wecken, oder soll man das der agitatorischen Wirkung der Gewerkschaft überlassen? Da es sich nicht bloß in den gewerkschaftlichen Kämpfen, sondern in dem Klassenkampf des Proletariats überhaupt weit mehr um die Qualität der Kämpfe, als um ihre Zahl handelt, halte ich es für verfehlt, ein gleiches Schergewicht, wie meine Opponenten auf die Heranziehung von Indifferenten zu legen. —

Mit einer festgeschlossenen Organisation klassenbewußter Arbeiter läßt sich jedenfalls das Gleiche anrichten, wie mit einer ausgedehnten Organisation, in der sich zahlreiche unsichere Kantonsisten befinden, und der Vortheil besteht dann in erster Linie darin, daß die Kämpfer sich nicht vorher im aussichtslosen Ringen mit der Reservearmee selbst erschöpft haben. Es klingt vielleicht herzlos und brutal, wenn ich die Forderung vertrete, daß man im Klassenkampfe die Invaliden im Stiche lassen solle, aber es gilt doch nur zu verhüten, daß die Kerntruppen selbst marode werden, ehe sie recht in's Feuer gekommen sind. Das ist aber nur dadurch zu verhüten, daß man sein ganzes Augenmerk — mit Hilfe der Arbeitsvermittlung — darauf lenkt, den organisirten Arbeiterstamm dauernd in Arbeit zu halten und daß dieser Stamm für sich selbst die Vortheile der verkürzten Arbeitszeit und des höheren Lohnes zu erringen sucht. Die Voraussetzung hierzu ist natürlich dann die: auf die Arbeitsvermittlung einen maßgebenden Einfluß zu erringen, eine Thätigkeit, die von unseren Gewerkschaften bisher noch arg vernachlässigt worden ist. Erringt der organisirte, klassenbewußte Arbeiterstamm dann für sich die Vortheile der verkürzten Arbeitszeit — neben erhöhtem Lohn —, so kommt dies natürlich auch dem Theil der Reservearmee zu Gute, der in Folge des größeren Bedarfs an Menschenmaterial aufgesogen worden ist.

Wie das „Correspondenzblatt“ meint, wird allerdings der Wunsch, die Arbeitslosenunterstützungen weiter aufrecht zu erhalten, in einem hervorragenden Maße zum Ansporn für die Erringung kürzerer Arbeitszeit; aber das Gleiche gilt von meiner Auffassung, ohne daß hierbei eine Verschlechterung des Menschenmaterials in den Kauf genommen werden müßte. Die Arbeitslosenengefahr wird von der bürgerlichen Gesellschaft weit unterschätzt, weil heute der Zustand der Arbeitslosigkeit für die Mehrheit nur im kürzeren oder längeren Uebergangszustand ist, während dessen der Arbeitslose zumeist auf Kosten des Proletariats nothdürftig erhalten wird. Sucht man aber durch ge-

werkstoffliche Einwirkung die Bataillone der wirklichen Arbeiter in Bezug auf ihre Zahl nach und ihrem Personenbestand möglichst konstant zu erhalten, verhindert die Gewerkschaftsbewegung nach Möglichkeit die vorübergehende Arbeitslosigkeit der wirklichen Arbeiter — eine Wirksamkeit nach dieser Richtung hin würde den Gewerkschaften zweifelsohne eine weit größere Anziehung verleihen als die mageren Unterstützungsbrosden — würde demzufolge die Aussicht für einen längeren Zeitraum arbeitslos Gewordenen wieder Arbeit zu erhalten nur gering sein, so würde die bürgerliche Gesellschaft gar bald in Entsetzen und Furcht vor dem Gespenst der Arbeitslosigkeit gerathen, sie würde die Arbeitslosen als ihre offenen und einschleichen Feinde erkennen; — sie würde, um sich zu retten, Mittel und Wege zur Beseitigung der Arbeitslosigkeit öffnen, und es ist dann in erster Linie die Verkürzung der Arbeitszeit das Mittel, die drohende Gefahr einzudämmen. Andererseits würden sich aber auch die Arbeitslosen, anstatt sich wie heut auf die Gütmüthigkeit ihrer Kameraden zu verlassen, mit einer Energie ohne Gleichen, weil ihnen eben keine andere Wahl bleibt, in den Klassenkampf hineinstürzen und dann nicht als Hemmschuh, sondern als Förderer des organisierten Klassenkampfes mitwirken. *)

Durch die schnelligsten Waffen des gewerkschaftlichen Kampfes bewirken, daß in erster Linie die organisierten Arbeiter in Arbeit bleiben — durch die Eroberung der Arbeitsvermittlung —, garantiert meines Erachtens größere und dauerndere Erfolge für die Gewerkschaftsentwicklung, als sie durch Versuche erreicht werden können, die Einflüsse der Mejerarmee zu paralysiren, indem man deren Glieder unter Anferlegung von Entbehrungen an die eigenen Vorkämpfer erhält.

Städtische Arbeitsnachweiskstellen und Lohnkämpfe.)**

Von Dr. Max Duarck in Frankfurt a. M.

Die preußische Regierung hat den Bestrebungen, welche auf Errichtung städtischer Arbeitsvermittlungsanstalten im Anschluß an die Gewerbegerichte zielen, im vorigen Jahre nicht unwesentlich dadurch genügt, daß die Regierungspräsidenten durch Ministerialverfügung auf solche Versuche hingewiesen und zur wohlwollenden Förderung derselben, sowie zur Berichterstattung aufgefordert wurden. Wie die Dinge nun einmal bei uns liegen, hat sich manche preußische und außerpreußische Städteverwaltung, die vor der Erledigung einschlagender Anträge stand, durch jene Stellungnahme maßgebender Kreise bedeutend erleichtert gefühlt. Insofern wäre gegen das Interesse der Regierung an der Errichtung städtischer Arbeitsnachweiskstellen nichts einzuwenden; nur pflegen solche offizielle Sympathien auch ihre Rehrseite zu haben. Und diese ist jetzt herausgehört worden von der königlichen Regierung in Wiesbaden, die das für die Stadt Frankfurt a. M. von Magistrat und Stadtverordneten beschlossene Ortsstatut genehmigt hat bis auf einen Paragraphen, der schon in den Vorverhandlungen viel von sich reden machte. Er betrifft das Verhältnis der städtischen Arbeitsvermittlungsstelle zur Lohnbewegung, zu Arbeitszeinstellungen und Arbeiteraussperrungen, also einen außerordentlich wichtigen Punkt, und diese Bestimmung lautete wörtlich wie folgt:

„§ 11. Bei Arbeitszeinstellungen und Aussperrungen stellt die städtische Arbeitsvermittlung ihre Thätigkeit für das be-

*) Die vorausgegangenen Auseinandersetzungen werden die Ansicht nicht ankommen lassen, als ob ich die Anschauung Dezer theile, daß es den Arbeitern erst recht schlecht gehen müsse, ehe sie sich in Klassenbewußte Organisationen zusammenschließen.

**) Vorstehenden Artikel entnehmen wir der Nr. 83, Jahrg. 1894, der „Blätter für soziale Praxis“.

theiligte Geschäft oder den theilhaftigen Arbeitszweig ein. Die Entscheidung darüber, ob ein solcher Fall vorliegt, trifft die Kommission.“

Die letztere, das zur Rettung des städtischen Arbeitsnachweises berufene Organ, besteht aus einem vom Magistrat zu ernennenden Vorsitzenden und acht Mitgliedern, die je zur Hälfte von den Arbeitgeber- und Arbeitnehmerbeisitzern des Gewerbegerichts auf die Dauer von zwei Jahren gewählt werden.

Daß die staatliche Nichtgenehmigung gerade bei dem Punkte einsetzt, an welchem sich Arbeitsvermittlung und Arbeiterbewegung berühren, ist außerordentlich charakteristisch. Dabei kann es etwa nicht als eine Eigentümlichkeit des Frankfurter Ortsstatuts bezeichnet werden, daß eine solche Bestimmung vorgesehen war. Der im Jahre 1885 gegründete „Verein für Arbeitsvermittlung“ in Wien, der doch sehr wesentlich auf moralische und materielle Unterstützung der Unternehmer angelegt ist, bestimmte sofort bei seiner Konstituierung in § 10 seiner Satzungen: „Bei Arbeitszeinstellungen enthält sich der Verein jeder Intervention“, und auf dem sozialen Kongresse des Freien Deutschen Hochstifts vom Oktober 1893 in Frankfurt a. M. konnte der Verfasser auf Grund von Mittheilungen des anwesenden Geschäftsführers des Wiener Vereins sagen (vgl. „Arbeitslosigkeit und Arbeitsvermittlung. Bericht“ usw. Berlin, D. Liebmann, 1894, S. 105): „Wie ich höre, ist dieser Paragraph in Wien stets gewissenhaft gehandhabt worden. Es sind wiederholt Unternehmer während eines Streiks nicht bedient worden, obgleich sie zahlende Mitglieder des Vereins für Arbeitsvermittlung waren. Das hat sie aber nicht gehindert, nach Erledigung des Streiks doch wieder zu kommen und die Arbeitsvermittlung von Neuem zu benutzen.“ Dann haben im Jahre 1889 der Kanton Basel-Stadt und die Stadt Bern ähnliche Bestimmungen in die Verordnungen, betr. die Errichtung ihrer öffentlichen Arbeitsnachweisanstalten, aufgenommen. Für Basel heißt es:

„§ 7. Bei Arbeitszeinstellungen kann die Anstalt ihre Thätigkeit für das betreffende Gewerbe oder den betreffenden Werkplatz sofort und bis zur definitiven Erledigung des Streites unterbrechen. Eine solche Beschlußfassung unterliegt der Genehmigung des Regierungsrathes.“

Und in Bern geht die einschlagende Vorschrift dahin, daß die Anstalt bei Arbeitszeinstellungen ihre Thätigkeit für die betr. Branche oder den betr. Werkplatz sofort und bis zur definitiven Erledigung des Streites einstellt, mit dem Zusatz, daß die Anstalt die Beilegung des Streites sich angelegen lassen soll. Berichte über die tatsächliche Handhabung dieser Bestimmungen liegen dem Verfasser aus Basel und Bern nicht vor; jedenfalls ist über nachtheilige Erfahrungen nichts bekannt geworden. Von den zahlreichen deutschen Städten, die sich seit vorigem Jahr mit den Vorarbeiten für städtische Arbeitsvermittlungsstellen befaßten, umgingen die meisten den heißen Punkt dadurch, daß sie ihn in ihren Regulativentwürfen gar nicht erwähnten (Stuttgart, Göttingen, Mainz, Gannau, Bremen u. A.). In Frankfurt a. M. dagegen berücksichtigte man ihn in der Form, in welcher er oben erwähnt wurde, und in Berlin bauten die Arbeiter als Antragsteller den Paragraphen nach einer Richtung aus, die in den Berner Satzungen nur sehr kurz angedeutet ist; sie versuchten, die neue Gemeindestelle in organische Verbindung mit dem Einigungsamt des Gewerbegerichts zu bringen und schlugen folgende Fassung vor:

„§ 7. a) Der Arbeitsnachweis stellt im Falle eines Ausstandes seine Thätigkeit für die betreffende Branche ein; jedoch haben die streitenden Theile immer-

halb zwei Tage (b. h. vom folgenden Tage an) das Einigungsamt des Gewerbegerichts anzurufen, und soll dasselbe auf dem schnellsten Wege entscheiden. b) Geschieht das Anrufen des Einigungsamtes nur einseitig und weigert sich die Partei der Arbeitnehmer, so tritt der Arbeitsnachweis nach der unter a) besagten Zeit sofort wieder in Thätigkeit. c) Beide Parteien haben sich dem Urtheil des Einigungsamtes zu unterwerfen, widrigenfalls das Einigungsamt über die weitere Thätigkeit des Arbeitsnachweises zu bestimmen hat. d) Die Verhandlungen des Einigungsamtes sind öffentlich. Das Urtheil ist öffentlich bekannt zu machen. e) Tritt das Einigungsamt in Thätigkeit, so sind jedesmal aus dem Ausschusse des Arbeitsnachweises noch je drei Arbeitgeber und drei Arbeitnehmer mit gleichen Rechten wie die übrigen Mitglieder des Einigungsamtes hinzuzuziehen.“

Sowelt der Berliner Arbeitervorschlag, und damit ist, so viel man augenblicklich übersehen kann, das geschichtliche und tatsächliche Material für eine Frage erschöpft, von deren Lösung zweifellos die ganze Entwicklung der öffentlich-rechtlichen Organisation des Arbeitsnachweises in Deutschland abhängt, da die Hauptbetheiligten, die Arbeiter, ein entscheidendes Gewicht auf diesen Punkt legen.

Grundsätzlich steht nun wohl die Sache so. Die Stärke des Unternehmers innerhalb der heutigen Wirtschaftsordnung liegt den Arbeitern gegenüber darin, daß er das monopolartige Verfügungsrecht über die Produktionswerkzeuge besitzt und das Angebot der Arbeitskräfte ruhig an sich herankommen lassen kann, ohne für die Beschaffung durchschnittlich geschickter Hände Besondere thun zu müssen. Besondere Anstrengungen, sich solche Arbeitskräfte zu beschaffen, muß der Unternehmer gewöhnlich nur dann machen, wenn ihm das unter den heutigen Verhältnissen „natürliche“ Angebot zahlreicher Hände künstlich abgeschnitten wird, also wenn er im Kampf mit den Arbeitern steht. Für diesen Fall wird ihm eine gut funktionirende Arbeitsvermittlung eigentlich erst besonders wichtig. Befinden sich seine Arbeiter im Ausstand und seine Fabrik gewissermaßen im Belagerungszustande, so hat er gewonnen, wenn er schnell für Ersatz sorgen und auf diese Weise die Ausständigen entbehrlieh machen kann. Hat der Unternehmer Arbeiter ausgesperrt, so liegt der Fall etwas anders. Will er die bisher bei ihm beschäftigten Kräfte zur Nachgiebigkeit zwingen und dann mit denselben fortarbeiten, so würde ihm jetzt eine gut funktionirende Arbeitsvermittlung unangenehm werden, weil sie seinen Arbeitern behilflich sein würde, sich dem Druck durch Ausschauen anderer Stellen zu entziehen, und weil er selbst sie gar nicht brauchen will. Kommt es ihm jedoch nicht darauf an, mit denselben Arbeitern wieder den Betrieb in vollem Umfange aufzunehmen, sondern galt es nur, eine bestimmte Reihe von Personen von der Arbeit auszuschließen und sie durch andere gleicher Art, aber willfährigere, zu ersetzen, so dient der weiter funktionirende Arbeitsnachweis dem Unternehmer auch hier wiederum als Waffe gegen die wirtschaftlich schwächeren Arbeiter. Der erstere Fall wird der seltenere, der zweite der weit häufigere sein, so daß sogar bei Aussperrungen durch die Fortsetzung der Arbeitsvermittlung in der Hauptsache das Interesse des Unternehmers gewahrt erscheint. Wenn man nicht von diesen Gesichtspunkten ausgeht und die Frage so stellt, ob der ohnedies Stärkere auch nur einen einzigen Vortheil aus der Fortsetzung der Arbeitsvermittlung bei Lohn zc. Kämpfen zieht, kommt man schwerlich zur Klarheit. Reikensstem („Arbeitsvermittlung und Gewerbegericht“, S. 10) nähert sich

dieser Klarheit, indem er offen als Zweck des ungestörten Fortgangs der Arbeitsvermittlung bei Lohnkämpfen angibt „die Möglichkeit, bei solchen Anlässen die Wirkung der Arbeitszeinstellung abzuschwächen.“ Das ist wenigstens ehrlich. Freund dagegen (im „Referat, betr. die Errichtung eines städtischen Arbeitsnachweises“, S. 15) meint, „die Einstellung der Thätigkeit des Arbeitsnachweises für die im Auslande befindliche Branche wäre keine unparteiische Maßregel, sondern würde sich gegen die Arbeitgeber richten.“ Seine Auffassung der Sachlage ist von vornherein schief. Wenn das Weiterfunktioniren einer zentralisirten Arbeitsvermittlung in den zwei von den drei oben als möglich dargelegten Fällen noch einen weiteren Machtzuwachs zu der ohnedies vorhandenen Uebermacht des Unternehmers über den Arbeiter bedeutet, so ist doch die Einstellung des Arbeitsnachweises beim Lohn zc. Kämpfe eine ausgleichende, aber keine Offensivmaßregel, selbst wenn sie dem Arbeiter eine Hilfe gewährte, die er sonst nicht hatte. Aber nicht einmal das Bessere ist der Fall, wenigstens im Vergleich zu jetzt. Wird der künftige zentralisirte städtische Arbeitsnachweis eingesetzt, so tritt ein Zustand ein, wie er augenblicklich besteht. Jeder der beiden Theile muß sich aus eigener Kraft so gut helfen, als es geht, um seine Kampfstellung zu verbessern. Das öffentliche Recht und die Verwaltung liefern den Streitenden, und namentlich dem ohnedies Stärkeren im Streit, nicht noch Kampfmittel. Wenigstens sollten sie es nicht thun. Sie haben freilich schon Unternehmern, deren Arbeiter im Ausstande waren, mit Soldaten geholfen. Dehnlich würde die Fortsetzung der Arbeitsvermittlung in solchen Streitfällen wirken. Sie bedeutet, wenn man von der unseugbaren Uebermacht des Unternehmers ausgeht, wie sie ohnedies in den gegenwärtigen Wirtschaftsverhältnissen begründet ist, eine einseitige, nochmalige Verstärkung derselben. Richtig formulirt muß es also heißen: nicht „die Einstellung der Arbeitsvermittlung richtet sich gegen die Unternehmer“ — sondern „die Fortsetzung des Arbeitsnachweises bei Lohn zc. Kämpfen richtet sich gegen die Arbeiter.“

Die königlich preussische Regierung im neuesten Frankfurter Falle auf dieser Seite zu sehen, ist betrübend, aber nicht überraschend. Die einfache Verjagung der staatlichen Genehmigung für den § 11 des Frankfurter Ortsstatuts war in den Akten sicher leichter zu bewerkstelligen, als etwa eine Vervollständigung durch Vorschriften, welche aus den ungeschlacht formulirten Berliner Anträgen eine brauchbare Verbindung mit dem Einigungsamt herausgearbeitet hätten. Man stellt sich pure auf die Seite der Unternehmer, wenn man den § 11 streicht: denn diese, die Großindustriellen und die Zunungen, waren es, die thatsächlich und praktisch auch schon bei den Vorverhandlungen in Frankfurt die Ausmerzung der Bestimmung verlangten. Man macht damit den organisierten Arbeitern, auf deren Mitwirkung man für die Beilegung des städtischen Arbeitsnachweises angewiesen ist, die Theilnahme sehr schwer, wenn nicht unmöglich; denn man kann doch keiner Klasse zumuthen, Einrichtungen zu unterstützen, die dem schärfsten Gegner neue Waffen in die Hand liefern. Die neueste Entschliebung der Regierung in Wiesbaden bedeutet deshalb kurz und gut einen mächtigen Stein in dem mühsam geebneten Weg der öffentlichen Organisation der Arbeitsvermittlung.

Zur Vereinigung der drei Arbeiterversicherungen

liegt eine Nothdurft vor, die weit mehr Beachtung in unseren Kreisen verdient, als es die verstaubte Stelle vermuten läßt, an welcher

wir sie ausgegraben haben. Nach einer offiziellen Mitteilung des Verbandsvorstandes der Verwaltungsbeamten der Ortskrankenkassen Deutschlands, die in Nr. 22 der „Arbeiterzeitung“ vom 1. August veröffentlicht wird, hat Herr v. Bötticher in einer Kaudienz, die er jenem Vorstände am 10. Juli ds. J. erstellte, wörtlich gesagt: „An eine Verstaatlichung der Verwaltung der Krankenkassen, sowie auch der Verwaltung durch die sozialpolitische Gesetzgebung geschaffenen Organisationen denke die Staatsregierung nicht, wohl aber denke dieselbe unter vollständiger Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung an eine Zusammenlegung der gesamten sozialpolitischen Gesetzgebung. Ob allerdings die Krankenversicherung werde mit hineingezogen werden können, wisse man noch nicht, jedenfalls erstrebe man auch hierin eine möglichst einheitliche Zentralisierung für Kommunalbezirke, Kreise und eventuell auch Provinzen an.“ In dieser offiziellen Auskunft steckt ein so bedeutungsvolles Stück „sozialreformatorischer“ Zukunftsmusik, daß wir uns nicht früh genug zum Mitspielen vorbereiten können.

Es stimmt zunächst ganz mit der bekannten Meinung der „Nordd. Allgem. Sta.“, wenn hier nimmehr auch von unserem „Minister für Sozialpolitik“ mitgeteilt wird, daß man in Regierungskreisen den zahlreichen und lebhaften Klagen nach Vereinheitlichung der Kranken-, Unfall-, Alters- und Invaliditäts-Versicherung Beachtung schenkt und Zugeständnisse an dieselben zu machen bereit ist. Daran, daß amtliche Vorbereitungen für diese Vereinfachung getroffen werden, wenn dieselben sich auch in den allerersten Anfangsstadien befinden, ist also gar kein Zweifel. Aber ein uraltes Wort sagt, daß man seine Gegner beargwöhnen muß, auch wenn sie Geschenke bringen. Den schönen Augen der Arbeiter zu Liebe denkt die Regierung sicher nicht an das Zusammenwerfen verschiedener Versicherungen; mindestens verfolgt sie einen Nebenzweck dabei, der ihren Wünschen entspricht. Und diesen Nebenzweck läßt die Meinung des Ministers an den Verbandsvorstand der Rassenbeamten zum ersten Mal mit ziemlicher Deutlichkeit errathen.

Man weiß noch nicht, ob die Krankenversicherung bei der Vereinfachung berückichtigt werden wird. Das heißt auf gut Deutsch: die Krankenkassen sollen nicht die Träger der vereinfachten Versicherungsverwaltung werden. Dann bleibt nur die Verschmelzung der Invaliditäts- mit der Unfallversicherung und der Aufbau der vereinigten Verwaltung entweder auf den bürokratischen Versicherungsanstalten des „Wapperlgesetzes“, oder auf den Berufsgenossenschaften, durch welche die Unternehmer jetzt die Unfallversicherung unter fast völligem Ausschluß der Arbeiter besorgen. Es ist möglich, sich in halblösen Vermuthungen über die Wahl zu verlieren, welche zwischen diesen beiden Möglichkeiten offiziell getroffen werden dürfte. Aber es muß heute schon als im höchsten Grade charakteristisch hervorgehoben werden, daß als Grundlagen nur die beiden Verwaltungsformen in Betracht kommen sollen, bei welchen Staat oder Unternehmer mit Beiseiteziehung der Arbeiter als Versicherter die Hauptsache besorgen, während man mit derjenigen Versicherung, bei welcher die Arbeiter die Hauptsache zu sagen haben, mit der Krankenversicherung, „noch nicht weiß“, was man machen soll. Unser Streben muß sich gerade in umgekehrter Richtung bewegen. Die Arbeiterversicherung ist für die Versicherer da, nicht für ein Heer von Beamten. Deshalb haben die Versicherer die Verwaltung der Versicherung zu führen und im Rahmen der Versicherungsgesetze nach ihren Bedürfnissen einzurichten. Diese Forderung ist aber leider bis jetzt nur bei den Krankenkassen, wenigstens bei der Hauptart derselben, bei den Ortskrankenkassen erfüllt. Hier wählen die Arbeiter zwei Drittel der Generalversammlung-Vorsteher, hier wählen diese zwei Drittel des Rassenvorstandes. Wie sich die Arbeiterverwaltung bei diesen Rassen bewährt, das zeigen die Ergebnisse der Leipziger Ortskrankenkasse, die Gründung der Verhältnisse, die in Darmstadt, Elberfeld u. s. sofort eintrat, als sich die Arbeiter auf ihr Recht besaßen und das Rauber den städtischen Altkassen aus der Hand nahmen. Hier ist dasjenige verwirklicht, was man im Ernst „Selbstverwaltung“ nennt, hier haben, an der einzigen Stelle im ganzen deutschen Reich, die versicherten Frauen gleiches Wahlrecht wie die Männer, eine Bestimmung, die bei der Beratung des Gesetzes im Reichstage sogar der bekannte Sozialistenführer Bergsträßer anerkannt mußte.

Wenn die Regierung für ihre Zusammenlegungspläne jetzt die „vollständige Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung“ so stark betont und dabei mit dem Aufbau gerade dort nicht beginnen will, wo die wirkliche Selbstverwaltung bereits Thatsache ist, so wird dieses Betonen eines selbstverständlichen Grundgesetzes sehr verdächtig. Hier soll es offenbar gehen, wie mit der „Freiheit, die ich meine“; die „Selbstverwaltung“, welche die Regierung meint, ist entweder die „Selbstverwaltung“ der Arbeiterversicherung durch die — Unternehmer, die jetzt u. a. auch der

„Hannoversche Courier“ in diesem Sinne preist, oder diejenige durch bürokratische Staatsanstalten. Wäre diese Sorte „Selbstverwaltung“ ohne die Arbeiter für zwei große Versicherungszweige durchgeführt, dann hätte man eine starke Stellung gegen das freie Verwaltungsrecht der Arbeiter in den Krankenkassen gewonnen und kann vielleicht „auch hier“, wie der Minister so schön bei seiner Separatbesprechung der Krankenversicherung sagte, Wandel im Interesse der Reaktion einleiten lassen. Beantworten doch schon heute „Sozialpolitiker“, wie der Berliner Magistratsassessor Dr. Freund die Zusammenlegung der gesamten Versicherung in „Selbstverwaltungsanstalten“, bei denen die Selbstverwaltung der Arbeiter preisgegeben und ihr Antheil auf die Hälfte (statt jetzt zwei Drittel bei der Krankenversicherung) beschränkt werden soll. Wenn die Regierung solche Hilfe bekommt, warum soll sie nicht auf den Gedanken kommen, zugreifen?

Wolleicht läßt sich Herr von Bötticher in amtlicher oder halbamtlicher Form etwas deutlicher über die Absichten der Regierung äußern. Wir werden jedenfalls wachsam sein müssen und unsere Genossen an allen Orten haben alle Ursache, ihr Wahlrecht zu den Ortskrankenkassen gehörig auszunutzen, damit wir diese Position fortwährend verstärken und so auf jedem möglichen Wege für die Wahrung der Arbeiterinteressen sorgen. („Vorwärts“).

Noch nicht dagewesen in Preußen!

Langst hat man sich in Arbeiterkreisen daran gewöhnt, das Wort des weisen Ben Alka: „Alles schon dagewesen“, da nicht anzuwenden, wo es sich um behördliche Auslegung und Sachhabung der Vereins- und Versammlungsgesetze handelt. Tagtäglich passieren auf diesem Gebiete Dinge, die jenes Wort kühn strafen. Die behördliche Autorität ist eben unerlässlich an Gründen, den Arbeitern die Ausübung des Vereins- und Versammlungsrechtes, entgegen dem klaren Sinn und Wortlaut des Gesetzes, unmöglich zu machen oder zu erschweren. Die Hindernisse, zu welcher Polizeiorgane es in der willkürlichen Auslegung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen zu bringen vermögen, hat uns schon oft in maßloses Erstaunen versetzt und vor die Frage gestellt: Wie ist so etwas in einem Rechtsstaate nur möglich?

Auch heute haben wir es wieder mit einem Falle zu thun, der diese Frage rechtfertigt.

Am 20. April d. J. hielten die Mitglieder der Ritters Zehntstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands eine Versammlung ab zwecks Beratung einer Streikangelegenheit. Zu dieser Versammlung hat sich das Vorstandsmittelglied des Verbandes, Genosse Staniogl, eingefunden. Als derselbe zu der erwähnten Angelegenheit Namens des Zentralverbandes das Wort ergreifen wollte, wurde er daran von dem Polizei-Verwalter mit dem Bemerkten verhindert, daß er kein Recht habe, zu sprechen. (11)

Selbstverständlich protestirte Staniogl gegen diese unerhörte Vergewaltigung seines guten Rechts, aber vergeblich. Er richtete sodann eine Beschwerde an die Regierung zu Gumbinnen. Und welchen Entscheid gab dieselbe ab? Unsere Leser sind ohne Zweifel alle ohne Weiteres geneigt, anzunehmen, die Regierung habe das Vorgehen des Polizei-Verwalters als ein ungesetzliches erklärt und ausgegeben, daß der Herr in über-raschender Unkenntnis des Gesetzes den Beschwerdeführer an der Ausübung eines Rechtes verhindert hat. Weit gefehlt! Im Gegentheil, die Regierung gab dem Genossen Staniogl einen seine Beschwerde abweisenden und das ungesetzliche Vorgehen des Polizei-Verwalters „rechtfertigenden“ Bescheid, den wir für geradezu unmöglich halten würden, läge er nicht, mit allen Ausweisen des amtlichen Aktenstücks versehen, schwarz auf weiß im Original voruns. Derselbe lautet:

Gumbinnen, den 13. Juli 1894.

Nr. I B. 1615.

Auf Ihre Beschwerde vom 27. April d. J. gereicht Ihnen zum Bescheide, daß das Vorgehen des Polizei-Verwalters zu Ritters in der Maurerverammlung vom 20. April d. J. vollständig gerechtfertigt war. Die Versammlung war keine öffentliche, sondern eine solche der Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Ritters; der Polizei-Verwalter war daher verpflichtet, den Vorstehenden darauf aufmerksam zu machen, daß Sie zur Ergreifung des Wortes nicht berechtigt seien. Besterer und nicht der Polizei-Verwalter hat Ihnen darauf das Wort entzogen, gleichwie er bereits vor Beginn der Versammlung eine Anzahl nicht zu den Maurern gehörige Personen entfernt hat.

Der Regierungs-Präsident

In Vertretung: (Name unleserlich.)

An den Maurer und Reaktor Herrn Joh. Staniogl zu Hamburg.

Dieser Bescheid der Regierung zu Gumbinnen ist denn doch das Unerhörteste, was uns an behördlicher Gesetzesauslegung jemals vorgekommen ist! Nicht liegt im Königreich Preußen. Das da geltende Vereins- und Versammlungsgesetz räumt einem die Versammlung überwachenden Beamten nicht die Befugnis ein, in der beschriebenen Weise zu verfahren; er hat nicht darüber zu befinden, wer „berechtigt“ sei, in der Versammlung das Wort zu ergreifen. Ob Jemand sprechen soll oder nicht, wer in der Versammlung (abgesehen von Frauenpersonen, Schülern und Lehrlingen) anwesend sein darf, darüber hat lediglich die Versammlung selbst, bezw. ihre Leitung zu entscheiden, aber kein Polizei-Beamter! Indem der Ritters Polizei-Verwalter eine Anzahl von Personen aus der Versammlung entfernte und sodann Staniogl am Reden verhinderte, hat er sich schwerer Uebertreffe schuldig gemacht, in nicht rechtmäßiger Ausübung seines Amtes absolut gesetzwidrig gehandelt. Und das um so mehr, als die Versammlung thatsächlich eine solche war, die gar nicht unter die Bestimmungen des Vereins- und Versammlungsgesetzes fällt. Es war keine Versammlung zur Erörterung öffentlicher Angelegenheiten, vielmehr eine durchaus gewerkschaftliche, rein wirtschaftliche Zweck- im Sinne des § 152 der Reichsgewerbe-Ordnung dienende. Die Polizei war gar nicht befugt, diese Versammlung zu überwachen, geschweige denn, daß der Polizei-Verwalter ein „Recht“ gehabt hätte, so zu verfahren, wie ihm beliebt. Der Bescheid der Regierung erklärt, die Versammlung sei eine solche der Mitglieder des Zentralverbandes der Maurer Ritters gewesen. Mit Verlaub, es war eine solche der Ritters Zehntstelle des Zentralverbandes der Maurer Deutschlands! Und da soll nach der Behauptung der Regierung der Polizei-Verwalter „verpflichtet“ gewesen sein, zu erklären, das Mitglied des Vorstandes dieses Zentralverbandes sei zur Ergreifung des Wortes „nicht berechtigt“. (11)

Worauf diese angebliche „Verpflichtung“ sich stützt, dürfte allen Gesetzeskundigen ein Räthsel sein.

Aber trotzdem ist Preußen ein „Rechtsstaat!“

„Grundstein“.

Protokoll

der Metallarbeiter-Konferenz

für das Herzogthum Braunschweig und die angrenzenden Städte.

Abgehalten am 12. August im „Prinz Wilhelm“ zu Braunschweig.

Die Konferenz wurde Vormittags 11 Uhr vom Kollegen Brode-Braunschweig eröffnet. Derselbe begrüßte die Delegirten im Namen der Braunschweiger Kollegen. — In die Mandatsprüfungskommission wurden die Kollegen Volkmann-Halberstadt, Thiemede-Gildesheim und Bieher-Wolfenbüttel gewählt. Die Mandate sind sämtlich gültig. — Vertreten sind 9 Städte durch 16 Delegirte und zwar Wolfenbüttel, Helmstedt, Königslutter, Weine, Gildesheim, Schöningen, Halberstadt, Göttingen und Braunschweig (von letzterem alle 3 Sektionen). Von Quedlinburg war der Delegirte nicht erschienen, da derselbe eine Erholungskreise antreten mußte.

In das Bureau wurden gewählt Brode-Braunschweig als 1., Bieher-Wolfenbüttel als 2. Vorsitzender, Wahrenndorf-Braunschweig, Zabel-Gelmstedt und Greiß-Braunschweig zu Schriftführern.

Zum 2. Punkt der Tagesordnung: „Agitation“ entspann sich eine lange Debatte. Zunächst führte Gög-Braunschweig aus, daß der Versuch schon früher, zur Zeit der Fachvereine, gemacht worden sei, die indifferenten Arbeiter in die Organisation hineinzuziehen, auch seit Bestehen des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind viele Versuche gemacht, insbesondere von der Agitations-Kommission für Braunschweig, Hannover und Oldenburg, ohne wesentliche Erfolge verzeichnen zu können, so daß diese Thätigkeit aufgegeben wurde. Ferner führt Redner aus, daß die Genossen auf dem flachen Lande zu sehr an die Scholle gebunden und dadurch zu sehr der Willkür der Arbeitgeber preisgegeben seien. Auch dürfen diese Genossen nicht von vornherein finanziell zu sehr in Anspruch genommen werden, da sie dadurch abgelenkt werden. Vor allen Dingen sei Ausflucht in die Reihen derselben zu tragen. Der Streik bei Klotter in Frankfurt a. M. sei ein Beispiel, wie die unangenehmsten Verhältnisse den ausstehenden Genossen in den Rücken gefallen seien. Es sei daher vor allen Dingen notwendig, die Landbevölkerung über wirtschaftliche Fragen aufzuklären.

Wahrenndorf-Braunschweig fordert die kleineren Orte auf, ihre Meinung zu äußern, wie es möglich ist, dort die Kollegen am besten heranzuziehen. Es sei richtig, daß die Kollegen auf dem Lande etwas schon wegen Maßregelungen sind, durch die Organisation ist aber gerade zu beweisen, daß die Bewegung nicht so ist, wie sie von den Gegnern

verschrien wird. Man muß sehen, alle in die Organisation hineinzubekommen, und wenn sie nicht gleich tüchtig sind, muß man sie auflären. Die Hauptsache ist die Organisation.

Richter-Wolfenbüttel führt aus, daß die Presse das geeignetste Agitationsmittel sei, da man dadurch die Leute mehr zum Denken anregt.

Felt-Gelmstedt: Es mangelt in den kleinen Orten an Rednern. Die gewöhnliche Tagesordnung schreckt die Mitglieder ab; es müßten daher von auswärts Referenten kommen.

Rudolf-Gildesheim tritt für mündliche Agitation ein, da die Zeitung in vielen Fällen nicht gelesen wird. Für Braunschweig und umliegende Städte sei ein eigenes Agitationskomitee zu wählen.

Vollmann-Halberstadt: Es ist auf dem Lande halb Niemand in die Organisation hineinzubekommen; sie sagen dort einfach, sie seien ansässig und haben's nicht nötig. Ist auch für mündliche Agitation.

Rowalewski-Weine spricht für öffentliche Volksversammlungen und hält die Presse am geeignetsten.

Graschhoff-Königsutter: In Königslutter sind 80 Kollegen und nur 8 Mitglieder des Verbandes. Die Organisation ist wieder eingegangen. — Das Beste ist, so wie jetzt mit Braunschweig in Verbindung zu bleiben.

Gög-Braunschweig spricht nochmals für Vorträge in den Mitgliederversammlungen und ersucht, die von der Kommission gestellten Referenten zu benutzen und nicht die vom Hauptvorstand ausgetrohten.

Thiemede-Gildesheim verliest einen ablehnenden Bescheid von Hannover und kritisiert denselben. Redner wundert sich, wie die Hannoveraner dazu kommen, den Gildesheimern zu raten, nicht nach Braunschweig zu gehen und ihr Geld zu „nötigeren Sachen“ auszugeben.

Sowburg-Schöningen hält die Volksversammlung für zweckdienlicher als Mitgliederversammlung. Ist für eine Agitations-Kommission.

Wahrenndorf-Braunschweig tritt nochmals für Gewerkschaftsversammlungen ein und stellt folgenden Antrag:

Die Genossen sämtlicher auf der Konferenz vertretenen Ortschaften sind verpflichtet, der Agitationskommission alle in ihrem Umkreise gelegene Metallwaarenfabriken oder sonstige Werke, wo Metallarbeiter thätig sind, zu nennen, um in den Ortschaften eine wirksame Agitation entfalten zu können.

Brode-Braunschweig gibt Aufschluß über den ablehnenden Bescheid von Hannover und Bünden. Ferner spricht Redner gegen progressiv Beiträge.

Die Rednerliste ist erschöpft und da es 1 Uhr ist wird die Sitzung bis halb 8 Uhr vertagt.

Nach Verlauf der Mittagspause wird zunächst das Protokoll der Vormittagsitzung verlesen; es erhebt sich hiergegen kein Widerspruch.

Am Wunsch verliest der Vorstehende Brode die Antwort, welche die Agitations-Kommission in Hannover auf das an sie gestellte Ersuchen, sich an dieser Konferenz zu beteiligen, ihm zu Theil werden ließ. Nach dieser lehnen die Hannoveraner darum ab, weil sie schon eine Agitations-Kommission haben und weil die Kosten besser verwendet werden könnten. Zugleich theilten sie einen Agitationsplan mit, in welchem unter Anderem ausgeführt wird, daß die Kommission in Hannover dafür gesorgt habe, daß in mehreren Ortschaften die Genossen in den Ortskrankenkassen die Zeitung bekommen und auch besuchen, bei den Unfallversicherungsgenossen als Schiedsrichter anzukommen.

Gög-Braunschweig wundert sich darüber, daß die Hannoveraner, anstatt sich an der Konferenz zu beteiligen, nur ihre sonderbaren Vorschläge machen. Er hält es für vollständig verfehlt, daß sich die Kommission mit Krankenkassen- und Unfallgesetz in dieser Weise befaßt. Die Thätigkeit der Kommission muß eine ganz andere sein; hauptsächlich muß sie Versammlungen einberufen resp. vorbereiten und Fühlung mit den einzelnen Genossen an den verschiedenen Ortschaften suchen. Ebenso müsse die Kommission nicht nur für die Metallarbeiterorganisation agitieren, sondern auch, wenn möglich, für andere Gewerke. Die leibige Organisationsfrage zwischen den Organisationen müsse aufhören.

Brode-Braunschweig polemisiert zunächst gegen das hannoversche Antwortschreiben und kommt dann auf die Ausführung von Gög zu sprechen, wobei er der entgegenge-setzten Ansicht in Betreff der noch nicht aufgelösten Mitglieder unserer Organisation ist. Wenn man die Leute erst in den Organisationen hat, dann wird man sie auch auflären können. Es ist ein großer Fehler, daß die kleinen Städte auf eigene Fäße gestellt werden, anstatt dieselben den nächstliegenden größeren Verwaltungsstellen einzubereiten. —

Es ergibt sich hieraus zur Genüge, daß

die Delegierten das Bedürfnis einer Agitationskommission anerkennen und wird nunmehr über den Antrag Wahrendorf abgestimmt. Derselbe wird einstimmig angenommen.

Zum 3. Punkt der Tagesordnung einigt sich die Konferenz dahin:

Als Sitz der Agitationskommission wird Braunschweig bestimmt. Die Wahl der Kommission wird den Braunschweiger Sektionen überlassen.

Göb-Braunschweig stellt den Antrag: Die Agitationskommission hat die Verpflichtung, die vorhandenen Bahnhöfe weiter auszubauen, und wenn thunlich, neue Bahnhöfe zu gründen, resp. Föhrung mit noch nicht organisierten Kollegen zu suchen.

Der Antrag wird ebenfalls angenommen.

Greis-Braunschweig beantragt zur Festsetzung des Agitationsbezirks: Der Agitationsbezirk besteht aus dem Herzogthum Braunschweig, den Bezirken Weine, Hildesheim, Halberstadt, Quedlinburg, Aschersleben und Göttingen.

Auch dieser Antrag findet einstimmige Annahme.

Brode stellt den Antrag: Zur Deckung der Kosten sind in den Organisationen des Agitationsbezirks pro Mitglied und Jahr 20 J an die Kommission abzugeben.

Kowalewski-Weine ist für seine Person für die Steuer, kann aber für die Mitglieder nicht einstehen.

Thiemecke-Hildesheim beantragt, Extramarken einzuführen.

Brode-Braunschweig bemerkt, daß das Geld von den 88/100 Prozent genommen werden kann.

Richter-Wolfenbüttel will es den einzelnen Ortsverwaltungen überlassen, wie dieselben das Geld aufbringen.

Vorchers-Göttingen ist für den Antrag Brode.

Brode tritt nochmals für seinen Antrag ein.

Thiemecke-Hildesheim giebt seinen Antrag zurück.

Felt-Helmstedt stellt den Antrag, der Agitationskommission das Recht zuzuerkennen, die Beiträge nöthigenfalls von 20 J auf 40 J zu erhöhen.

Der Antrag Brode wird angenommen, der Antrag Felt dagegen abgelehnt.

Ferner fand ein Antrag von Brode Annahme: Alle zwei Jahre eine Konferenz abzuhalten, und zwar so, daß dieselbe immer vor der Generalversammlung des Verbandes stattfindet, um zu den Anträgen zu der Generalversammlung Stellung nehmen zu können.

Ebenfalls angenommen wurde ein Antrag von Göb-Braunschweig, die nächste Konferenz noch vor der nächsten Generalversammlung, die nächste Jahr stattfinden, abzuhalten. Als Ort hierfür wurde Halberstadt bestimmt.

Zum 4. Punkt: „Beschlussfassung über Anträge der Delegierten“, ersucht Vorchers-Göttingen, daß sich die Genossen der kleinen Orte, wenn ein Referent in einem Nachbarort spricht, in demselben einfinden.

Brode ersucht, daß man möglichst zeitig seine Anforderungen an die Agitationskommission stelle, damit dieselbe die Wünsche pünktlich ausführen könne.

Grashoff-Königs-Lutter wünscht, daß die Braunschweiger die Königs-Lutter möglichst berücksichtigen.

Somburg-Schöningen wünscht bald eine Versammlung in Schöppingstedt. — Brode erwähnt darauf, daß man seiner Zeit in Schöppingstedt keine drei Ansätze zur Einberufung einer Versammlung bekommen konnte.

Hiermit ist die Mederliste erschöpft. Nachdem der Vorsitzende den anwesenden Delegierten noch an's Herz gelegt, den gefassten Beschlüssen nun auch Geltung zu verschaffen, damit die Arbeit nicht umsonst geleistet sei, schloß derselbe mit einem Hoch auf die moderne Arbeiterbewegung die Konferenz Abends 5 1/2 Uhr.

Zum Güstrower Streik

Ist in der dortigen Lokalpresse folgende Erklärung erschienen:

Zum Streik unserer Waggonfabrik erscheint es uns Ehrensache aller billig Denkenden, zunächst gegen die augenscheinlich auf einseitiger Auffassung und ungenügender Sachkenntnis beruhende Kritik der Presse öffentlich Verwahrung einzulegen und dies nicht allein den Arbeitern zu überlassen.

Ob der Streik „vom Jaun gebrochen“ oder nicht vielmehr — wie inzwischen unwiderlegt bekannt geworden und bei einem opfervollen im Ausgange ungewissen Streik von vornherein nicht unwahrscheinlich — die Folge anhaltender nicht erhörter, ob berechtigter oder unberechtigter Beschwerden seitens der Arbeiterschaft ist, konnte eben nur genaue Sachkenntnis entscheiden. Um so mehr hätte vorschnelle Parteinahme in unserer führenden Presse vermieden werden sollen,

wie sie aus derselben leider auch in andere Blätter des Landes übergegangen ist.

Der Güstrower Einwohnerschaft liegt sicherlich das Wohl und Wehe einer ansehnlichen Arbeiterschaft von etwa 800 Mann, großentheils mit Familien, mindestens ebenso sehr am Herzen als das Interesse einer auswärtigen Unternehmerschaft. Diese Einwohnerschaft wird nach näherer Kenntniss ganz unparteiisch über den Streik urtheilen, durch das Vorgehen der Fabrikleitung ist indessen solche rein sachliche Beurtheilung in höchst bedauerlicher Weise erschwert.

Wenn die Fabrikleitung durch Maueranschlag und Zeitungsinserat vom 18. bekannt gegeben hat: „Diejenigen Arbeiter, welche bis längstens morgen (Freitag) früh 6 Uhr die Arbeit nicht wieder aufgenommen haben und aus dem Holzarbeiter- resp. Metallarbeiterverband ausgestreut sind, werden unweigerlich nicht wieder eingestellt werden“, — so erscheint letztere Zumuthung einer höher stehenden und der Unmündigkeit erwachsenen Arbeiterschaft gegenüber unhaltbar. Das Gesetz gewährleistet und die öffentliche Meinung im großen Umfang begünstigt das Koalitionsrecht der Arbeiter als den wirksamsten Schutz derselben gegen die überlegene Macht des kapitalistischen Unternehmertums; § 152 der Gewerbeordnung hebt ausdrücklich alle Verbote und Strafbestimmungen gegen derartige Vereinigungen auf; ein mit großer Mehrheit gefasster Reichstagsbeschluss beantragt, diesen Verbänden „juristische Persönlichkeit“ zu verleihen und — die Leitung einer Fabrik von 800 Arbeitern verlangt in schriftlicher Form den Austritt aus diesen Verbänden. Sie verlangt diesen Austritt und sofortige Beendigung des Streiks, ohne ihrerseits irgendwelche Gegenleistung, die Abstellung irgendwelcher Beschwerden zu versprechen, ja nach unwiderlegten Angaben ohne die Beschwerdeführer nur gehört zu haben.

Jene Forderung bedeutet somit das Verlangen der einseitigen Waffenauflieferung während der Unterhandlung zweier streitender Gegner, und kein billig Denker wird es den Arbeitern verdenken, wenn sie auf eine solche Forderung nicht eingegangen sind.

Möge die Direktion auch der Ansicht dieses Theils der Einwohnerschaft Rechnung tragen, möge sie namentlich den in aller Form vorgebrachten Wünschen ihrer Arbeiter wenigstens Gehör schenken und das ihrige thun, durch Erfüllung wirklich berechtigter Forderungen endlich den allen Theilen am Herzen liegenden Frieden herzustellen. Das zu beanspruchen haben nicht nur die Arbeiter, hat auch unsere Einwohnerschaft für eine seit Jahrzehnten bestehende, von tüchtigen Bürgern unserer Stadt begründete Anlage volle Berechtigung.

Sorgen wir, daß nicht in Folge unserer Haltung zur Sache die Sozialdemokratie mit ihrer Behauptung von „der einen großen reaktionären Masse“ in diesem Falle Recht zu haben scheint.

Zu einem etwa von den streitenden Theilen gewünschten Vermittlungsversuch erklären wir Unterzeichnete uns, auch einzeln, bereit.

Güstrow, den 20. August 1894.
C. Heunemann (Landbaumeister u. Fabrik-Inspektor). Wilhelm (Domprediger). Th. Süßerott (Bürgermeister). C. Erzgräber (Oberlehrer). M. Frause (Kaufmann).

Da die Fabrikleitung nach wie vor an ihrem ungerechtfertigten Verlangen festhält und die Ausständigen durch nichtorganisierte Arbeiter zu ersetzen trachtet, so ist der Zugang von Holz- und Metallarbeitern strengstens fern zu halten! (Siehe die Bekanntmachung vom Vorstand des D. M. A. in dieser Nummer.)

Korrespondenzen.

Gelbgießer und Gürtler.

Hamburg. Mitgliederversammlung der Gürtler, Gelbgießer und Schleifer vom 15. August. 1. Punkt: Bericht vom Sommervergütigen. Dieses ergab eine Einnahme von M 156,70, eine Ausgabe von M 122,40, Ueberschuß M 34,30. Derselbe wurde dem Agitationsfond überwiesen. Wahl eines Mitgliedes für den Arbeitsnachweis. Hierzu wurde Kollege Gelbig gewählt. Beschluß, betreffend Werkstättenangelegenheit. Nach einer längeren Diskussion gelangte schließlich folgende Resolution zur einstimmigen Annahme: Streitigkeiten oder sonstige Differenzen in Werkstätten sind der Ortsverwaltung sofort anzumelden. Dieselbe entscheidet, ob die Angelegenheit auf die Tagesordnung der nächsten Versammlung zu setzen ist. Die Ortsverwaltung ist verpflichtet, den Anwesenden mitzutheilen, daß Berufung an die Versammlung zulässig ist. Der Punkt: Reise- und Arbeitslosenunterstützung wurde vertagt. Ferner wurde der Wunsch ausgesprochen, bald eine öffentliche Versammlung einuberufen, um den indifferenten Kollegen Gelegenheit zu

geben, sich zu äußern, warum sie dem Verband fernbleiben. Zu dem zurückgebliebenen Punkte soll womöglich Genosse v. Elm als Referent gewonnen werden. Zum Schluß erlauch der Bevollmächtigte, recht zahlreich zu erscheinen und fleißig für die öffentliche Versammlung zu agitieren, um nicht nur die bekannten Gesichter allein wieder zu sehen.

Mürnberg. In der am 11. August im Cafe Merk stattgefundenen Mitgliederversammlung der Sektion der Roth- und Glockengießer wurden die seit einigen Wochen herrschenden Zustände in der Formier- und Gießerei-Werkstätte der Armaturen- und Maschinenfabrik (vormals J. A. Hilber) einer erriuten Berathung unterzogen. Dort ist nämlich vor sechs Wochen der Meister Schwab durch einen anderen Meister ersetzt worden, obwohl Herr Schwab nicht im geringsten sich etwas zu schulden kommen ließ, 20—22 Jahre im Geschäft ist und ca. acht Jahre als Meister zur Zufriedenheit thätig war; kurzum, er war ein Mann, vor dem die Herren Fabrikanten, sowie die Arbeiter Respekt haben mußten. Nun wurde dieser gewissenhafte Mann durch einen Andern ersetzt, nämlich durch einen gewissen Hörmann, welcher von Frankenthal kam und sich gleich in den ersten Wochen den Arbeitern gegenüber sehr human zeigte, indem er denjenigen Arbeitern, welche nach seiner Meinung zu viel Lohn haben, denselben entsprechend zu reduzieren verstand. So hat er z. B. dem ersten Gießer den Lohn auf einmal um 4 M, dem zweiten Gießer um 3 M reduziert. Dann schickte er einen alten Tagelöhner fort, welcher 15 M Lohn hatte, während die Jüngeren nur 14 M haben. Nun wollte er einem gelernteren Formier, welcher als Kernmacher eingestellt wurde, die Stelle übertragen, welche der Tagelöhner innegehabt hatte, mit der Motivierung, daß fünf Kernmacher zu viel seien und wenn die vier nicht fertig würden, dann könnten sie nacharbeiten. Bei den Formieren kann er nicht reduzieren, indem die Löhne derselben schon so hoch sind; da hat er natürlich gleich ein anderes System erfunden, indem er die Afford-Arbeit einführen will. Die Arbeiter der beiden Werkstätten wären nun ganz zufrieden, wenn er nur etwas Talent hätte, daß er einen Meister machen könnte. Aber was er auf der einen Seite durch die Lohnreduzierung erspart, das geht durch ihn auf der anderen Seite verloren. J. B.: Hätte der alte Meister Schwab dem jetzigen nicht gezeigt, wie das Kupfer gegossen wird, dann hätte die Fabrik noch keinen von den Kupferlingen, welche er nicht gießen konnte, ohne daß dieselben porös wurden; von dem Neusilber gar nicht zu reden, welches er oft 5—6 Mal machen lassen muß, bis dasselbe gut wird. Uns nimmt's nur Wunder, daß dieser Mann noch in der Fabrik ist, denn bei seiner Unfähigkeit hätte er wohl gleich wieder fliegen können. Hätte sich derselbe nicht durch die Reduzierungen und durch das Einführen des Affords beim Ingenieur beliebt gemacht, (was nebenbei bemerkt, das Lieblings-System des Ingenieurs Hund ist), dann wäre er am Ende gar nicht mehr hier, denn die mangelhafte Arbeit, welche er liefert, kann selbst der Betriebsleitung kein Geheimniß sein; die Direktion wird aber nicht eher zur Einsicht kommen, bis einige tausend Mark verloren sind. Auf eine Anfrage der Sektion der Roth- und Glockengießer bei den Frankenthaler Genossen schilberten dieselben den G. nicht zu seinen Gunsten, denn er war in einem Zeitraum von 10 Jahren drei Mal mit 1/4—1/2 Jahr Unterbrechung als Meister in der Armaturen-Fabrik von Klein, Schangelin und Beder beschäftigt und jedes Mal bekam er weniger Lohn (ein Zeichen, daß es mit seinen Leistungen nicht weit her ist). Kurz vor seinem Abgange aus der betreffenden Fabrik machte er es den Arbeitern so fauer, daß sie von selbst gehen sollten, nur um seinem Nachfolger sein Amt zu erschweren. — Es wurde nachträglich konstatiert, daß während der ganzen Thätigkeit des früheren Gießmeisters nicht so viel unbrauchbarer Guß eingeschmolzen wurde, wie bei Hörmann seit vier Wochen.

Klempner.

Elsfeld. (Sektion der Klempner.) Das erste Stiftungsfest fand am 12. August in dem festlich geschmückten Lokale der „Wilschelmshöhe“ statt. Eingeleitet wurde die Festlichkeit durch eine portische Ansprache des Vorsitzenden. Gesang und Deklamation wechselten dann in anregender Weise ab. Besonders sind die Leistungen des Theatervereins „Freie Volksbühne“ erwähnenswert. Kollege Beckmann aus Stuttgart erwähnte in begeisterten Worten die noch nicht organisierten Kollegen, sich der Organisation anzuschließen. Ein Langstränchen schloß die schon verlaufene Festlichkeit ab. Zu rühen ist das Verhalten des derzeitigen Vorsitzenden, welcher sich veranlaßt fühlte, bei einem kleinen Rekontra, das unter den Gästen entstand, die „löbliche Polizei“ (4 Mann stark) aufzubieten. Die Ruhe wurde natürlich hergestellt. — In der am 22. August abgehaltenen Mitgliederversammlung sollte als erster

Punkt das Thema: „Wie organisieren wir uns?“ behandelt werden. Doch vor Eintritt in die Tagesordnung legte der Bevollmächtigte Nachtrag auf Veranlassung einiger Mitglieder sein Amt nieder. In Folge dessen schritt die Versammlung zur Wahl eines neuen Vorsitzenden und wurde Kollege Maxpar Bonneloh, Blumenstraße 10b, III als solcher gewählt.

Metall-Arbeiter.

Wir erhalten folgendes Schreiben: Meuselwitz, den 20. August 1894. An die Redaktion der Metallarbeiter-Zeitung, Nürnberg, Weizenstraße Nr. 12. In Nr. 29 vom 21. Juli d. J. Ihres geschätzten Blattes, das ich leider erst heute zur Sicht bekomme, finde ich unter Meuselwitz einen Artikel, der absolut der Wahrheit entbehrt. Es sind bei mir keine Zisleure entlassen worden, sondern 2 Schlosser, 1 Tischler und 1 Dreher. Von Lohnreduktion ist gar keine Rede, umgekehrt kann ich Ihnen durch meine Leute beweisen, daß jeder 1 1/2—2 1/2 J per Stunde seit Juli aufgebessert und außerdem der Markentafeln entfernt worden ist. Es gibt wohl in Deutschland sehr wenig Fabrikanten, die die Leute so human behandeln wie ich, hiers bekommen ich von Andern hierüber Vorwürfe, weil ich es verschmähe, mit meines Gleichen zu gehn, sondern es vorziehe, mit meinen Leuten zu kneipen und jedem zu helfen wo es nur gewünscht wird. Die Leute, welche ich entlassen habe, sind nicht aus Mangel an Arbeit, sondern wegen ihrer Faulheit gegen ihre Kollegen und mich selbst entlassen worden und nur aus diesem Grunde kann Einer Sie zu einem irrigen Artikel verleitet haben. Ich bitte denselben zu widerrufen und zeichne hochachtend S. V. Widmer. — Wir müssen unsere Korrespondenten resp. die Ortsverwaltungen wiederholt ersuchen, bevor sie uns einen Bericht über Arbeitsverhältnisse einreichen, den Sachverhalt genau zu prüfen, um nicht Anlaß zu begründeten Berichtigungen zu geben, die wahrlich keine Bierde unseres Blattes sind. Red.

Burglusa. Am 18. August fand in den drei Kronen eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt, welche unseren Verhältnissen nach gut besucht war. Genosse Hoffmann aus Berlin sprach in 1 1/2 stündiger Rede über Zweck und Nutzen der Gewerkschaftsorganisationen. Er legte in treffenden Worten die schlechte Lage der Arbeiter dar und kam zu dem Schluß, daß wir nur durch festes Zusammenhalten unsere elende Lage verbessern können. Eine Resolution, in welcher sich die Anwesenden verpflichten, sich gewerkschaftlich und politisch zu organisieren, wurde angenommen. Bei „Verschiedenes“ lies ein Schreiben ein, worin die Verhältnisse der hiesigen Schlosserwerkstatt (resp. Fabrik) von Bogler geschildert wurden. In derselben verdienen die Gesellen den hohen Lohn von 18—23 J die Stunde; trotzdem finden es dieselben aber nicht für nöthig, in unsere Reihen einzutreten. Außerdem werden in der Fabrik 13 Schlinge beschäftigt, welche täglich 11 Stunden arbeiten, und wenn, wie jetzt, das Geschäft gut geht, Abends noch einige Stunden länger auszuhalten müssen, ohne für die Ueberstunden etwas bezahlt zu erhalten!

Dresden-Leusnadt. Branchenversammlung der Schleifer. „Wie verbessern wir unsere Lage?“ so lautete das Thema einer am 19. August, Vormittags 11 Uhr, im kleinen Saale des „Trianon“ stattgefundenen Versammlung der Messerschmiede, Schleifer und verwandten Berufsgenossen. Genosse Frägedorf wies in seinem mit vielem Beifall aufgenommenen Vortrage nach, daß eine Verbesserung nur dadurch zu erreichen sei, daß sich die Arbeiter überall organisieren (in den oben angeführten Branchen Anschluß an den deutschen Metallarbeiter-Verband), da sie von den Unternehmern nichts zu erwarten hätten. So lange die Arbeiter sich nicht dazu entschließen können, stehen sie dem Kapitalisten machtlos gegenüber, sind ein willkürliches Ausbeutungsobjekt derselben. Daß viele Streiks verloren gingen, daran trage die Schuld die indifferente Masse, jener schlimmste Feind der Arbeiterschaft. Der Kapitalist hat ein Interesse daran, daß die Arbeiter sich nicht organisieren, da er ihnen dann die Löhne nach Belieben reduzieren, ihnen die Werkstätte, die Fabrik zum Zuchtthaus und sie selbst zu Sklaven seiner Willkür machen kann. Waren die organisierten Arbeiter auch nicht immer Sieger, so haben gerade sie es verstanden, daß die Lebenslage der Arbeiter noch schlechter wurde. Darum sei es Pflicht aller Arbeiter, sich den Gewerkschaften anzuschließen und müsse ein jeder zielbewusste Kollege, so viel in seinen Kräften steht, die uns noch Fernstehenden aufzuklären suchen, sie dazu bewegen, sich ihrer Gewerkschaft anzuschließen. Zum Schluß seines Vortrages forderte der Referent alle Anwesenden auf, soweit sie noch nicht Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes sind, denselben beizutreten und sich durch keine Schlänen und Drohungen seitens der Arbeitgeber davon abhalten zu lassen. In der darauffolgenden Debatte sprachen sich

nach mehrere Medner im Sinne des Referenten aus und wurde der Wunsch laut, daß die Kollegen anderwärts sich auch dem Verband anschließen möchten, da die Lage der Schleifer und Messerschmiede durchaus keine günstige sei. Auch wisse die Statistik nach, daß in unserem Beruf eine ganze Anzahl der sogenannten Steinarbeiterkrankheit zum Opfer fielen. Durch eine verkürzte Arbeitszeit sei schon viel zu erreichen. Gegenwärtig sei die Arbeitszeit in den meisten Betrieben eine lange, 12 bis 14 Stunden und darüber. Ebenso sei das fast durchgängig eingeführte Alfordsystem, das die Kraft des Arbeiters auf's Höchste anspannt, im Verein mit der gesundheitsschädlichen Beschäftigung geeignet, frühzeitiges Siechtum zu verursachen. Ein Kollege sprach sich noch dahin aus, daß es Pflicht eines jeden Arbeiters ist, für die Verbreitung der Arbeiterpresse Sorge zu tragen, da wir in ihr eines unserer besten Kampfmittel besitzen. Mit einem Appell des Vorstehenden an die Kollegen, unentwegt auf der beschrittenen Bahn weiterzugehen und immer neue Kämpfer zu werden, da wir nur dann auf einen endgiltigen Sieg rechnen können, wurde die gut besuchte Versammlung um 1 Uhr geschlossen.

Hannau. Am 12. August fand hier eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, zu welcher Kollege Mohrlack-Berlin das Referat übernommen hatte. Die Versammlung war nicht gut besucht; während sonst alle übrigen Versammlungen von mehreren hundert Personen besucht werden, hatten sich nur ca. 40 Mann eingefunden. Wo liegt der Grund hierfür? Es ist allein der Individualismus, der unter den Arbeitern bei uns noch herrscht. Wie wäre es sonst denkbar, daß man das in dem benachbarten Biegnig am selben Tage stattfindende Schloßfest einer Versammlung vorzieht, in der die Interessen der Arbeiter berathen und besprochen werden sollen? Da konnte man hunderte von Arbeitern am Bahnhof stehen sehen, begierig nach Biegnig zu fahren und ihr Geld in den diversen Taschen derjenigen verschwinden zu lassen, die nichts weniger als Arbeiterfreunde sind. — Die Versammlung verlief ruhig und ohne Zwischenfall. Der Referent zeigte den Arbeitern des Metallgewerbes ihre Lage, wie sie in der That ist und konnte als Beweismaterial die amtlichen Mittheilungen der Fabrikinspektoren bringen. Der einfachste logische Schluß, daß wenn die Arbeiter in eigener Lebenslage sich abplagen müssen, wenn Niemand ihnen helfend zur Seite steht, daß dann die Organisation als das einzige und gesetzliche Mittel erscheine und angewandt werden müsse: dieser Schluß war so treffend nachgewiesen, daß Niemand anwesend war, der nicht der Meinung des Referenten war. — Obwohl nun bei dem schwachen Besuch der Versammlung, es waren fast nur organisierte Arbeiter anwesend, ein eigentlich greifbarer Erfolg nicht erzielt wurde, wird doch die Umsunterung zur Agitation, wie sie der Referent gab, ihre Wirkung nicht verfehlen. — Eine dem Vortrage entsprechende Resolution fand einstimmige Annahme. Ferner wurden zwei Kollegen in das bereits bestehende Gewerkschaftskartell delegiert. Mit einem kräftigen Hoch auf den Verband wurde die Versammlung geschlossen.

Helmstedt. In Anbetracht des Braunschweiger Bierbojotts empfindet es sich, die Arbeiterchaft nochmal darauf aufmerksam zu machen, daß es eines jeden brüderlich denkenden Arbeiters Pflicht ist, kein bojkotirtes Bier zu trinken. Es ist namentlich der organisierten Arbeiter heiligste Pflicht, mit darüber zu wachen und bei jeder Gelegenheit darauf aufmerksam zu machen, daß durch die Gleichgültigkeit der hiesigen Arbeiter der Sieg der ausgeperrten Brauereiarbeiter erschwert wird, anders würde es sein, wenn die Arbeiter nur dort verkehrten, wo kein Braunschweiger Bier ausgeschenkt wird. Die Braunschweiger Bierproben wären dann nicht mehr in der Lage, ganze Wagenladungen die Woche durch nach hier zu senden. Letzteres ist uns gerade der Beweis, daß die Helmstedter Arbeiter noch nicht von dem Solidaritätsgefühl durchdrungen sind. Unseren um ihre Erstlings kämpfenden Arbeitsbrüder würde leicht geholfen sein, wenn sich jeder Arbeiter zur Pflicht machte, 4 Wochen lang kein Braunschweiger Bier zu trinken, der Kampf würde trotz aller Machinationen der gegnerischen Presse u. s. w. zu Gunsten unserer Brüder beendet sein. Wenn aber die Arbeiter diesem Kampf noch länger gleichgültig zusehen, so werden wir erleben, daß der Sieg den Brauerproben zufällt und die Folge wird sein, daß das Unternehmertum anderer Gewerbe mit Hochrufen die unter Kämpfen aufgebauten Organisationen zerstört und dann die Hungergeißel noch mehr schwingen wird. Darum auf Arbeiter von Helmstedt und Umgegend, unsere Parole soll heißen: keinen Tropfen Braunschweiger Bier zu trinken. — NB. Zu gleicher Zeit werden die Arbeiter ersucht, die Wirtschaften und Verkaufsstellen von Braunschweiger Bier unterzusehen und bekannt zu geben, damit eben-

tlich Stellung gegen dieselben genommen werden kann. Nachstehend führen wir diejenigen Lokale auf, welche sich verpflichten, kein bojkotirtes Bier zu verschänken: Brandt (Stadt Hamburg); Paar, Sloben; Hartmann (Hindenhof); Springemann, Harkleberthor; Seefe (Normannengarten); sowie die hiesigen Brauereien Wegold, Funke, Homan und Krüger.

Engelhardt, Karlstr. 15.
Berlin. Am 14. August fand hier im Saale zur „Deutschen Reichshalle“ eine öffentliche Metallarbeiterversammlung statt, welche von ca. 250 Personen besucht war. Kollege Mohrlack aus Berlin referierte. In einem 1 1/2 stündigen Vortrag legte Medner den Zweck und Nutzen der gewerkschaftlichen Organisation klar und forderte zum Schluß alle Anwesende, welche noch nicht dem Verbande angehören, auf, demselben beizutreten. — Ferner fand am 20. August unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Zum 1. Punkt verlas der Kassirer den Kassenericht vom zweiten Quartal. Derselbe ergab Einnahme: Kassenbestand laut letzter Abrechnung 300,82, 1857 Wochenbeiträge 208,55, 108 Delegiertenmarken 10,80, 106 Werserbefondsmarken 15,90, Sa. 580,87. Ausgabe: Meisenunterstützung 5198 1/2 Kilometer 2 1/2 108,97, 15 Tage 1 1/2 15 1/2, Lokalausgabe 22,46, an die Hauptkasse eingekandt 200 1/2, bleibt ein Kassenbestand von 188,86. Der Kassenericht wurde von den Revisoren für richtig befunden und dem Kassirer Decharge ertheilt. Zum 2. Punkt hielt Kollege Kubiena einen sehr interessanten Vortrag über Kraft und Stoff, an den sich eine längere Diskussion knüpfte. Zum 3. Punkt wurden noch einige Vereinsangelegenheiten besprochen. Drei Kollegen ließen sich noch nachträglich in den Verband aufnehmen.

Barlshuh. In welcher Art und Weise die Arbeiter in den meisten Fällen ausgebeutet werden, ist in unserem Organ zu wiederholten Malen geschildert worden. Gerichtet es nicht vom Fabrikanten, so sind es dessen Beamte, die oft im Unterbrücken der freien Meinung und Lohnrückerei Großartiges leisten. Auch wir haben hier wieder mehrere Fälle dieser Art festzunehmen. In erster Linie aus der Kassenschranksfabrik von W. Weich. In betreffender Wude, wo 10 Mann arbeiten, regiert auch ein solcher sogenannter Werkführer, Wobemüller ist sein Name, der sich auch den Arbeitern gegenüber als „arbeiterfreundlich“ und „konsequent“ bezeichnet. Nun wollen wir dieses Mannes Thaten unter die Lupe nehmen. Ein Schlosser arbeitete in diesem Geschäft 1 1/2 Jahre für 2,60, endlich erwarnte er sich und verlangte eine Lohnerhöhung, welche ihm auch vom Geschäftsführer, resp. Buchhalter, in der Höhe von 20 1/2 pro Tag zugesagt wurde. Als dies der betreffende Meister vernahm, erklärte er, 10 1/2 wären auch genug. Der Buchhalter wies nun darauf hin, daß der Mann schon so lange im Geschäft sei und da er noch nicht aufgebessert wurde, seien 20 1/2 nicht zu viel. Über democh wußte es der Meister durchzubrüden, daß der Schlosser nur 10 1/2 Zulage bekam. In diesem Geschäft herrscht das Alfordsystem. Früher wurde, wenn die Arbeiter nicht auf ihren Lohn kamen, der Lohn ausbezahlt; jetzt, wo für die Kassenschränke 15—20 1/2 weniger bezahlt wird, bekommen sie nur was sie verdienen haben. Vor Kurzem trat ein Schlosser, der in dem Geschäft gelernt hatte, dort ein. Er hatte längere Zeit nicht mehr auf Kassenschränke gearbeitet, verdiente daher bei dem ersten Gehalt nicht seinen Lohn; es wurde ihm am Zahlungstag sein Lohn ausbezahlt. Beim zweiten Gehalt verdiente er nun etwas über seinen Lohn und jetzt wurden ihm die 3 1/2, die am ersten Gehalt „zu viel“ ausbezahlt wurden, abgezogen, trotzdem ihm bei der vorhergehenden Bohnung nichts davon gesagt wurde. Der Arbeiter reklamierte beim Meister, von dem ihm die Antwort zu Theil wurde: „Da ist nichts zu machen, was geschrieben ist, bleibt geschrieben, was abgezogen ist, bleibt abgezogen.“ Und damit wußte sich der Arbeiter zufrieden geben; er konnte weiter nichts thun als nach 3 Tagen aufhören zu arbeiten. Nun hat der Meister einen anderen genialen Gedanken ausgeheckt, indem er den Arbeitern den Alfordzettel bereits bis zur Fertigstellung des Stückes vorenthält, damit die Arbeiter nicht wissen, was sie verdienen, denn der Meister sorgt schon dafür, daß es ihnen nicht zu wohl wird. Ein anderer Arbeiter bekam 12 Vorlegeblätter zu machen, bei denen er etwas verdienen konnte. Der Meister hatte nun nichts Eiligeres zu thun, als den Arbeiter zu ersuchen, „nur etwas langsam zu thun,“ denn die „Schweineerei“ hätte er jetzt bid, denn „da drinnen“ (nämlich im Komptoir) sei der Teufel los, wenn der Arbeiter etwas verdient, wenn es auch nur alle 4—6 Wochen einmal vorkomme. Später theilte er dem Arbeiter mit, daß derselbe noch Feierabend und Sonntag den ganzen Tag arbeiten müßte, denn die Schloßer müßten so schnell wie möglich fertig werden. „Sollte Einer (von der Behörde) kommen, so sagen Sie nur, Sie arbeiten zu Ihrem Ver-

pönnen.“ Betreffender hätte sich nun natürlich darüber geärgert, so etwas zu sagen. Am 25. Juli hatte der Meister mit 5 Gesellen und 2 Lehrbuben Kassentransport und erhielt der Meister 15 zum Vertheilen. Natürlich steckte er den Löwenanteil in seine Tasche — 12 1/2! Und in die 3 sollten sich die anderen 7 Mann theilen. Ein Arbeiter, der es gehört, wie der betreffende Herr dem Meister die 15 gab, stellte letzteren später zur Rede, er bekam den Befehl, daß er sich's „schriftlich“ holen sollte. Der Arbeiter begab sich auch zur richtigen Stelle, traf aber den Herrn nicht zu Hause. In dieser Zeit kam der Herr nach dem Geschäft und stellte ihn der Meister zur Rede: „Sie kommen jetzt gerade recht.“ Und er erzählte ihm, daß es den Arbeitern zu wenig wäre. Der Herr gab denn auch noch 10 für die Arbeiter im Komptoir ab, denn er wollte sich schließlich nicht mit solch einem Mann herumstreiten, aber daß 3 1/2 für 7 Mann zu wenig, hat der Herr durch die Hergabe des anderen Geldes bekundet und der Meister konnte mit einer Nase abziehen. Daß eine solche Handlungswelt vom Geschäftsführer geduldet wird, können wir nicht begreifen, oder glaubt der Geschäftsführer, daß durch solches Vorgehen dem Geschäft genützt wird? Der Herr Meister machte dem betreffenden Arbeiter dank noch Vorwürfe, worauf es so weit kam, daß der Mann aufhörte. — In einem andern Falle müssen wir die Handlungsweise des Geschäftsführers der Werkzeugmaschinenfabrik Schmidt & Comp. wieder an die Öffentlichkeit bringen. Es schien, daß der letzte Artikel ihm einen Dämpfer beibrachte, denn er war lange Zeit ziemlich „mäßig“, was sonst nicht seine Gewohnheit ist. In Anschlagungen mußte er zunächst etwas leisten, denn die Arbeiter können sich nun einmal ohne Anschlag nicht an Ordnung gewöhnen. So ließ er am 30. Juni wieder einen solchen Anschlag anageln, wonach in Zukunft sofort nach dem „Pfeifen“ die Thüre geschlossen wird und der Zuspätkommende einen halben Tag feiern müsse, während hier in den meisten Geschäften die Arbeiter in ähnlichen Fällen wenigstens bloß eine Stunde feiern brauchen. Nun, wenn man nahezu 60 Arbeiter in Ordnung halten will, muß man „schneidig“ sein. Daß der Direktor Berger es mit den Arbeitern nicht allein so macht, sondern es im Komptoir ebenso treibt, ja manchmal noch schlimmer, wissen wir; auch dort gebraucht er Worte, deren sich ein gebildeter Mensch einem andern gegenüber nicht bedienen darf. Wie er die Arbeiter an der Nase herumführt, beweist folgender Fall: Ein Kollege kündigte vor 3 Wochen, als die 14 Tage herum waren und Betreffender sein Werkzeug abgeben wollte, wurde er vom Meister aufgefordert, unter Zusage einer Lohnzulage von 3 1/2 die Stunde zu bleiben, was der Arbeiter auch annahm, er blieb wieder. Dies wäre nun ja eine sehr schöne Handlungsweise, wenn das bide Ende nicht nachkommen würde. Beim nächsten Zahlungstag erhielt der Kollege 3 1/2 ausgebeutet und seine Kündigung, ohne daß ein Grund dafür angegeben wurde. Es ist dies nicht der einzige Fall, denn schon mehreren Arbeitern ist es so ergangen. Wie sehr dieser Herr B. auf die Gesundheit der Arbeiter bedacht ist, ersieht man daraus, daß in kurzer Zeit zwei Arbeiter verunglückten; der eine verlor einen Finger an der Hobelmaschine und der andere, unter 16 Jahre alt, einen am Schleifstein. Ein Glück war es noch, daß der Diener herunterfiel, sonst wäre die ganze Hand draufgegangen. Der letztere Arbeiter war 8 Tage im Geschäft, wußte ihm eine Anleitung vom Meister zu Theil geworden, wie er beim Schleifen den Bohrer halten soll, so wäre vielleicht das Unglück vermieden worden; aber die Profitwuth kennt eben keine Grenzen. Mögen diese paar Jellen dazu beitragen, daß der Fabrikinspektor sich etwas mehr um dieses Geschäft bekümmert, er würde ein reiches Arbeitsfeld finden.

Friedheim u. Urd. Am 5. August fand hier im Gasthaus zum „Deutschen Haus“ eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung statt mit der Tagesordnung: „Zweck und Nutzen der Gewerkschaften.“ Kollege Weichmann aus Nürnberg als Referent erntete während und am Schlusse seines Referats reichen Beifall. Selber war die Versammlung sehr schwach besucht, trotzdem wir jeden einzelnen Metallarbeiter schriftlich und mündlich zu dieser Versammlung eingeladen hatten. Ein großer Theil der hiesigen Arbeitgeber setzt auch alle Hebel in Bewegung, um ihre Arbeiter von der Organisation fernzuhalten, denn sie wissen sehr gut, daß, wenn die Arbeiter organisiert wären, sie sich dann nicht so ohne Weiteres über die Ohren hauen lassen würden, wie es kürzlich in der „Hauswirtschaftlichen Maschinenfabrik“ von Herrn Chr. Vater vorkam. Genannter Herr will es durchaus nicht dulden, daß sich seine Arbeiter einer Organisation anschließen. Ein weiterer Fabrikant, der es am liebsten sehen würde, wenn er die Arbeiter mit noch weniger Geld am Zahlungstage heimzuführen könnte, ist Herr Danner (u. Co.). Herr Danner, der, neben-

bei bemerkt, ein eifriges Mitglied des evangelischen Männervereins ist, zählt seinen gelerten Maschinen einen Durchschnittslohn von täglich 1,70 bis höchstens 2,80. Die Arbeiter natürlich, vor Angst auf das Pfaster geworfen zu werden, melden jede öffentliche Versammlung, ja sie getrauen sich nicht einmal mit einem organisierten Arbeiter zu sprechen. Traurig, aber wahr! Diese paar Arbeitgeber aber, sie werden unsere Bewegung hier am Orte nicht hemmen, wir schreiten vorwärts trotz alledem. Es wird auch eine Zeit kommen, wo wir mit diesen Herren ordentlich abrechnen werden. Den Arbeitern aber rufen wir zu: Macht von Eurem Konstitutionsrecht Gebrauch, das Euch gesetzlich gewährt ist und tretet ein in unsere Reihen.

Tschhausen. In der am 11. August abgehaltenen Mitglieder-Versammlung des D. M. V. referierte Genosse Stragburger über den großen deutschen Bauernkrieg. — Im zweiten Punkt wurde die Ortsverwaltung beauftragt, mit der Augsburger Verwaltung sich dahin zu verständigen, daß die projektirte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung, in welcher Kollege Weichmann aus Nürnberg referiren soll, am 9. September, Vormittags 10 Uhr, stattfinden. Für die nächste Versammlung wurde als Tagesordnung aufgestellt: Die verschiedenen Arbeiterorganisationen und ihre Einwirkung auf die Kultur.

Münz. In der am 11. August stattgefundenen öffentlichen Metallarbeiterversammlung referierte Genosse Genstrich aus Hannover über: „Das moderne Raubritterthum.“ Medner verglich die früheren Raubritter mit den heutigen modernen Ausbeutern, wobei der Vergleich zu Gunsten der ersteren ausfiel, indem dieselben nur Demen etwas nahmen, die etwas hatten und sich wehren konnten. Sechshundertzig Tage Arbeit Alter im Jahre genügte, um einem Kulturvolle die nothwendigsten Bedürfnisse zu verschaffen, höchstens 60 Tage Arbeit würden hinreichen, auch noch den Luxus zu erschwingen; 300 Tage aber arbeite das Proletariat, um am Ende des Jahres gerade so arm zu sein, wie am Anfang. Die Produkte von 240 Tagen Arbeit im Jahre stecke das moderne Raubritterthum in die Tasche und friste damit sein unbedachtigtes Dasein, denn nur der habe ein Recht zum Dasein, der durch unehrliche Arbeit sich behält. Das moderne Lohnsystem sei demnach nichts weiter als ein gut organisiertes Raubsystem, das Demjenigen, der arbeite, gerade so viel lasse, damit er nicht verhungere. Komme ein Geschäftsmann in die Klemme, so mache er bankrott, setze sich mit seinen Gläubigern auseinander und sei seine Schulden los. Der Bankrott der Arbeiter erkläre sich in großen Ausmaßen, dabei käme es aber selten zu einem Vergleich, sondern blaue Bohnen künnten die Arbeiter in vielen Fällen erhalten. Medner weist dabei auf die Vorgänge in Kourmies, Sizilien und Oesterreich hin. Und den modernen Raubrittern die Macht zu nehmen und den Ertrag der Arbeit sich zu sichern, müßten die Arbeiter sich politisch und gewerkschaftlich organisiren. Kollege Grafweg forderte hierauf die anwesenden Nichtorganisierten auf, ihren Dank für den interessanten Vortrag dem Referenten dadurch zu bezeugen, daß sie sich Alle in den D. M. V. aufnehmen ließen. Hierauf kam folgende Resolution zur Vorlesung: „Die heutige Versammlung erklärt sich mit den Ausführungen des Referenten einverstanden, wonach die heutige Ausbeutung der Arbeiter durch die Kapitalisten und Geschäftsführer weit gefährlicher als die Ueberfälle der früheren Raubritter ist. Gestützt auf die mit Beweisen begründeten Ausführungen verpflichten sich alle Anwesenden, jeden Indifferenten zu seiner Organisation zu führen, um gemeinsam gegen das Kapital und deren Helfershelfer Front zu machen, wodurch es nur möglich ist, den Arbeitern ein menschenwürdiges Leben zu verschaffen.“ Diese Resolution wurde einstimmig angenommen. Nach dem Schlusse des Referenten und einigen Ermahnungen des Vorstehenden wurde die Versammlung geschlossen. Anwesend waren über 200 Personen.

Mühlhausen i. G. Am 16. August fand hier im „Gläser Hof“ eine äußerst zahlreich besuchte öffentliche Volksversammlung für Metallarbeiter statt, in welcher Herr Weichmann aus Nürnberg über „Die Nothwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisation mit besonderer Berücksichtigung des 14-tägigen Zahlungstags“ referierte. Die klaren Ausführungen des Medners, welcher von den heutigen Produktionsverhältnissen ein lebvolles Bild entwarf, ernteten lebhaftesten Beifall. Besondere Aufmerksamkeit lohnte den Referenten, als er von der Nothwendigkeit der Einführung eines 14-tägigen Zahlungstags sprach. In der hiesigen „elastischen Maschinenbaugesellschaft“, welche etwa 4000 Arbeiter beschäftigt, ist nämlich der 14-tägige Zahlungstag üblich. Daraus haben sich Mißverhältnisse entwickelt, welche sich für die interessirten Arbeiter ebenso, wie für viele kleinere Geschäftsleute, sehr nachtheilig fühlbar machen. Der Arbeiter verlegt sich auf's

Borgen, kauft „auf's Bückle“ theurer und unvortheilhafter, als gegen baar, kommt nicht selten tief in Schulden und wirtschaftliche Abhängigkeit, und bei plötzlichem Ausfall der Arbeit ist der kleine Lieferant der Geschädigte. Aber das ist eben der tiefe Sinn der kapitalistischen Weltordnung, daß der Arbeiter seine Arbeitskraft viele Wochen lang dem Unternehmer borgen muß, selbst die allernothwendigsten Bedürfnisse auf Pump bestreiten soll, während die Millionen der Gesellschaft auf der Bank wuchernde Zinsen tragen. Schon seit längerer Zeit herrscht gegen diesen wirtschaftlichen Mißbrauch in den Kreisen der beteiligten Arbeiterschaft eine tiefgehende Agitation vor; und so war es auch selbstverständlich, daß in der Diskussion gerade dieser Punkt am meisten berührt wurde. Eine Resolution, welche den 14tägigen Zahlung jeden zweiten Samstag verlangte, wurde einstimmig angenommen.

Neumünster. Einen erfreulichen Aufschwung nimmt unsere Filiale. Wenn man die schwach besuchten Versammlungen von früher mit jetzt vergleicht, so kann man sagen, daß wir nicht vorwärts kommen. In den letzten fünf Versammlungen haben sich 50 Mitglieder aufgefunden, die Mehrzahl hiervon aus einer größeren Werkstätte am hiesigen Orte. Nur die Former einer hiesigen Fabrik und die Hilfsarbeiter vorwärts führen noch immer trotz eifriger Agitation dem Verband den Rücken. Von 37 sind nur 11 im Verband. Weiß ein trauriges Zeichen. Verschiedene Mißstände möchten sie zwar gerne abgeändert wissen, aber sich organisieren und dann geschlossen vorgehen, daran denken sie nicht. Wir wollen aber hoffen, daß auch sie bald aus ihrem Schlafe erwachen und in unsere Reihen treten werden, denn Einigkeit macht stark. Den letzten Mitgliederabend möchten wir an's Herz legen, daß sie fleißig unsere Versammlungen besuchen und bei jeder Gelegenheit für den Verband agitieren. — Zu unserem am 14. September stattfindenden Stiftungsfeste fordern wir zur regen Theilnahme auf. — Unsere letzte Abrechnung ergab: Einnahme M. 417,33, Ausgabe M. 279,64, Bestand M. 137,74. In der vorletzten Versammlung referirte Genosse Heine über das Thema: „Arbeiterschutzgesetz.“ Medner erwiderte für seinen klaren Vortrag reichen Beifall. Von den Reiseunterstützungsauszahlern wurde darauf hingewiesen, daß viele Reisende sich weigern, Delegirten- und Reserverfondsmarken zu bezahlen. Sie wurden angewiesen, diese ruhig einzulösen, denn es sei keine freiwillige Gabe, sondern Pflicht eines Jeden, diese Marken zu bezahlen, auch auf der Reise. Die Frage: „Wie stellen wir uns zur Arbeitslosenunterstützung?“ soll in der nächsten Versammlung auf die Tagesordnung gestellt werden.

Neumünster. Laut Beschluß der am 25. August abgehaltenen Versammlung sind die Lohndifferenzen in der Metallbranche Monatsweise in Dietrichsdorf als erledigt erklärt und der Zugang somit wieder frei.

Plauen i. V. Bezugnehmend auf die in Nr. 34 der „Deutschen Metallarbeiter-Zeitung“ enthaltene Resolution der Plauen'schen Versammlung fühle ich mich abermals veranlaßt, den Mann unseres Organes in Anspruch zu nehmen. Es wird im Eingange der Resolution gesagt, daß die Versammlung mein Verhalten auf der Würzener Konferenz mißbillige. Dann folgt die Erklärung, daß meine Ausführungen mit den tatsächlichen Verhältnissen nicht in Einklang stehen sollen und die vereinzelte vorkommenden hohen Verdienste nur Kolonnenführer erhalten. Nun wird jeder der Kollegen, der meine Richtigstellung in Nr. 32 der „D. M. Z.“ gelesen, wenn er dieselbe mit der Resolution vergleicht, unbedingt zu der Erkenntnis kommen, daß dieselbe sich mit meinen Ausführungen vollständig deckt, mithin habe ich, was jeder unparteiische Kollege zugeben muß, die Verhältnisse in Plauen vollkommen entsprechend geschildert. Ich richte daher an alle Kollegen die dringende Bitte, sich der Mühe unterziehen zu wollen, meine Richtigstellung, die vollständig auf Wahrheit beruht, und nun die Resolution der Plauen'schen Versammlung zu studieren. Das Urtheil überlasse ich jedem denkenden Kollegen. Ich muß den Kollegen von Plauen bemerken, daß sie durch die fast einstimmige Annahme der Resolution mit einem sehr großen Dienst erwiesen haben. Jedoch nichts für ungut. Weiter heißt es in der Resolution, die Versammlung wolle dafür eintreten, daß Kolonnenystem abzuschaffen. Es würde mich freuen, wenn dies wirklich der Fall wäre. Dem gegenüber habe ich zu bemerken, daß ich der festen Ueberzeugung bin, daß, nachdem diese Resolution angenommen ist, kein Sach mehr danach kräft! Es ist eben Jeder froh, wenn er durch Akkorarbeit mehr verdient. Es mögen einige Ausnahmen dabei sein, aber diese können gegen den Strom nicht schwimmen. Und Einigkeit und geschlossenes Vorgehen vermiße ich bei den Plauen'schen Kollegen, diese gehören in's Reich der Fabel. Ich habe genug Beobachtungen gemacht, um zu

wissen, was ich davon zu halten habe. Ferner habe ich dem Kollegen Niemann zu erwidern, daß ich nicht nach Würzen laufe, um Wege zu reifen, dazu bin ich nicht gewählt worden. Im Uebrigen verweise ich nochmals auf meine Richtigstellung in Nr. 32 der „D. M. Z.“ Ich betrachte die Sache als endgiltig erledigt.

Mit kollegialem Gruß
Emil Jacob.

Schwerin. In Folge der im Frühjahr dieses Jahres von Güstrow angeregten Beschaffung eines tüchtigen Referenten wurde die Sache in der Mitgliederversammlung am 11. August angeregt und beschlossen, an die einzelnen Verwaltungsstellen zu schreiben, wie sie sich zu einer Landeskonferenz stellen. Bis jetzt ist uns folgender Bescheid zugegangen: Wismar, Güstrow und Parchim sind damit einverstanden, Rostock hat es abgelehnt, da die Konferenz mit zu großen Kosten verknüpft wäre und auch nicht viel Zweck habe. Von Hagenow sind die Briefe stets zurückgekommen, da die Adressaten abgereist waren. Deshalb fordern wir die Verwaltungsstellen auf, uns umgehend Bescheid zukommen zu lassen, ob sie einverstanden sind, daß die Konferenz am 16. September in Güstrow stattfinden soll, oder ob sie anderer Meinung sind. Denn es wäre sehr angebracht, wenn in Mecklenburg etwas für Agitation gethan würde. In Süddeutschland reisen die Referenten stets umher, aber nach Norddeutschland ist noch keiner gekommen. Auch bitten wir, etwaige Anträge mitzutheilen.

Saalfeld. Am 19. August tagte hier im Saale der Zimmermann eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, in welcher Genosse Genrich aus Hannover die heutigen Arbeiterverhältnisse schilderte. Nur durch Einigkeit könne unsere Lage verbessert werden. Dann wurden von einem Kollegen auch die Zustände der hiesigen Werkzeugmaschinen-Fabrik von Rudolf Auerbach u. Scheibe geschildert, bekannt als Saalfelder „Knochenmühle“. Herr Scheibe versteht es, seine Arbeiter zu drücken. Von Früh bis Abends rennt er in der Werkstätte herum, und wer nicht genug arbeitet, so daß ihm der Schweiß von der Stirne rinnt, der wird Faulenzer und alles Mögliche genannt. Wer sich dagegen verteidigt, der wird an die Luft gesetzt. Als ein Kollege zwei Minuten nach 6 Uhr Morgens kam, wurde er Faulenzer und Dausenunge genannt, aber Mittags mußte er bis halb 1 Uhr Eisen ablaten, wofür er nichts bezahlt bekam. Das lassen sich auch ledige organisierte Kollegen gefallen. Der Durchschnittslohn beträgt bei genannter Firma 20, 21 und 22 J pro Stunde, und mit solchem Lohn sind die Saalfelder Kollegen zufrieden. Freilich sind nur wenige geborene Saalfelder im Verband. Von den 120 Mitgliedern des Verbandes waren nur 15—20 in der Versammlung vertreten, aber die Kegelschläger und Klimbin-Bereine sind immer stark besetzt. Es waren in der Versammlung hauptsächlich die älteren Kollegen erschienen, denn bei den meisten jüngeren Kollegen gehen ja Mädeln und Ballmusik vor, von so einem Vortrag könnten ja die jungen Leute etwas klüger werden.

Tutzingen. Die hiesige Bahnhalle betrieb auf den 11. August abermals eine öffentliche Metallarbeiterversammlung, welche gut besucht war. Kollege Weismann aus Nürnberg referirte über das Thema: „Zweck und Nutzen der Organisation.“ An den beifällig aufgenommenen Vortrag schloß sich eine lebhaft Diskussion. Ein Kollege brachte gegen 70 Lohnzettel von der Scherer'schen Fabrik zur Verlesung, durch welche ein Bild der schlechten Löhne geliefert wurde. Wädhlen sich die Herren Scherer mehr an ihre Erklärung halten, worin es heißt, daß sie zum Wohl der ganzen Arbeiterschaft wirken. Herrn W. Scherer sollte bekannt sein, da er im Gemeinderath ist, was hier für ein Verdienst notwendig ist, um steuerpflichtig zu sein. Herr Scherer wurde vom Bevollmächtigten zu dieser Versammlung ebenfalls eingeladen. Auf diese Einladung hin wurden in der betreffenden Fabrik der Herren Scherer Plakate angeschlagen, daß sie von dem angeblichen Bevollmächtigten in die Versammlung eingeladen worden seien, daß sie aber nicht erscheinen werden, es sei eine Frechheit, sie einzuladen. Wir glauben, früher wären sie froh gewesen, wenn man sie nur eingeladen hätte. Der angebliche Bevollmächtigte, gebrüder Herr Scherer, vertritt nicht nur seine Meinung, sondern die des Metallarbeiterverbandes, in welchem auch Arbeiter aus Ihrer Fabrik als Mitglieder sind. Zum Schlußwort äußerte Kollege Weismann, daß die Ausführungen beweisen, daß die Kollegen keiner Stadt mehr Interesse haben als die von Tutzingen sich der Organisation anzuschließen. Darauf wurde die schön verlaufene Versammlung von dem Vorsitzenden geschlossen, welcher die dem Verbands noch nicht Angehörigen anforderte, denselben beizutreten. — Wir möchten nur noch Einiges beifügen, was nicht in der Versammlung besprochen wurde. Kürzlich erhielt ein Vorarbeiter einen Befehlzeitel, den er einem Arbeiter übergeben mußte, auf

diesem stand geschrieben: „2 Stück Ninnenmesser nochmals retour, der Arbeiter sollte doch setzen, daß man solche in diesem Zustande nicht abkriegen kann, braucht da weiter nicht darüber zu schreiben.“ Ist das nicht lächerlich, wenn ein Skonpoinist so etwas schreibt? Und dann das Schöne: In dieser Fabrik darf kein Arbeiter mit dem anderen sprechen, wenn er gesehen wird, wird er von dem Vorarbeiter aufgeschrieben und dann kostet es Strafe. Sieht das nicht einem Zuchthaus gleich? Aber die Arbeiter lassen sich's gefallen, würden sie in den Verband eintreten, dann wäre diesen traurigen Zuständen bald abgeholfen. Darum Arbeiter, tretet ein in den D. M. Z. und tretet aus von den Wismarer Vereinen, wie sie in Tutzingen herrschen, dann wird eure Lage bald verbessert sein.

Delbert. In der am 7. August abgehaltenen zahlreich besuchten öffentlichen Metallarbeiterversammlung hielt Kollege Beckmann aus Eutin einen Vortrag über den Nutzen der Organisation. Bei Eröffnung der Versammlung machte der Vorsitzende darauf aufmerksam, daß die Anwesenden sich ruhig verhalten möchten, da ihm bei der Annahme der Versammlung von der Hochwohlwöhllichen Polizei bedeutet wurde, daß unser Verein gerade derjenige wäre, welcher die öffentliche Sicherheit störe. (!) Die Versammlung verlief denn auch, wie gewöhnlich, sehr ruhig. Der Vortrag des Referenten wurde beifällig aufgenommen. Folgende Resolution fand einstimmige Annahme: „Die Versammlung erklärt sich mit den Vorkäufungen des Referenten einverstanden und stellt es den Arbeitern anheim, dem Verbands beizutreten, um endlich in der Lage zu sein, der herrschenden Gesellschaft einen kräftigen Damm entgegenzusetzen zu können.“ Nach einigen Ermahnungen der Kollegen Leßlich und Wilms, das Solidaritätsgefühl zu wahren und es nicht bei der Annahme der Resolution bewenden zu lassen, legte der Referent in seinem Schlußwort den Versammelten klar, wie dem hier herrschenden Totalmangel abzuwehren wäre.

Schlösser u. Maschinenbauer.

Neuenhagen. Eine Musterwerkstätte ist die Stinkt- und Bauwerkerei von W. Köhler, hier, mit 6 Gesellen und 2 Lehrlingen. Diesem Herrn genügt vor lauter Profftsucht die Arbeitszeit von 10 Stunden nicht. Vor einiger Zeit erhöhte er dieselbe auf 15—16 Stunden täglich mit dem „Verprechen“ an die Gehilfen, daß sie dann doch mehr verdienen. Nun, der Verdienst stellte sich so heraus, daß ein junger Mann mit 8 1/2 Stunden Arbeitszeit in der Woche, 11 M. und 5 J. verdienen. Vorige Woche kam nun dieser Mustermeister in die Werkstätte und sagte in seinem üblichen Tone: „Daß Ihr's wißt, heut Abend wird bis 12 Uhr geschafft.“ Die Arbeiter, bis die ganze Zeit über so lange arbeiteten (ber eine Lehrjunge von 15 Jahren bis 3 Uhr Nachts!) folgten der Aufforderung nicht, worauf der Herr Meister am nächsten Tag den Kollegen banier, den er als „Aufwiegler“ bezeichnete, zur Werkstätte hinausjagte, und die anderen sollen 14 Tage ansitzen. Wir sind nun gezwungen, gegen den Herrn vorzugehen. Wir bitten, den Zugang fernzuhalten, da er täglich in verschiedenen Zeitungen nach Schlössern sucht.

Zingstener.

Schweinfurt. Auf den 4. August der Zingstener Zingstener vom 4. August sehe ich mich veranlaßt, Einiges zu bemerken, da betreffende Korrespondenz in Bezug auf Zingstener Verhältnisse, nicht ganz den Tatsachen entspricht. Wenn man diesen Artikel liest und die Zingstener Verhältnisse nicht genauer kennt, so kommt man unwillkürlich zu dem Schlusse, daß die Organisation dort eine ganz gute sei. Doch aus eigener Erfahrung weiß ich, daß dem leider nicht so ist. Die Artikelschreiber kriechen die Münchener Kollegen, doch keinen Lokalverein zu gründen, sondern dem Verbands wieder beizutreten. Ein ganz guter Rath, und es wäre nur zu wünschen, daß die Münchener dies in Wälde thun könnten. Doch nun kommt der Vorwurf, den ich gegen die Zingstener erheben muß. Sie wollen Anderen Rathschläge erteilen und hätten dabei vor der eigenen Thüre genug zu kehren. Auch sie haben noch ihren Lokalverein, auch sie pflegen noch den Stastengeist. Eine direkte Unwahrheit ist es, wenn in dem Artikel gesagt wird, daß der Zingstenerverein bald einschlagen würde, daß die Mehrzahl der Kollegen beim Verbands sei. Die Mehrzahl ist beim Zingstenerverein, wie mir Kollege Hagerhorn mitgeteilt hat, nur der Versammlungsbesuch seitens der Zingstener ist etwas besser geworden; statt 3—4 Mann sollen 6—8 die Sektionsversammlung besuchen. Wurde nicht voriges Jahr mein Antrag, den Zingstenerverein aufzulösen, einstimmig abgelehnt? Werden nicht alle anderen Verbesserungsvorschläge, die von mir ausgingen, abgelehnt? Und als ich dann meinen Ausritt erklärte, nannte man mich

vollends einen Anarchisten. Und was ist es denn, was die Zingstener Kollegen so fest an den Zingstenerverein fesselt? Es ist in erster Linie der Stastengeist, der da gepflegt wird. Dann noch etwas Anderes. Der Zingstenerverein hat hundert Mark Verwüngen und auf diesem liegen verschiedene Herren so fest, als ob sie es ausbrüten wollten. Diese hundert Mark gehörten schon längst dem Verbands, wenn die Zingstener Kollegen den richtigen Begriff von Solidarität und Klassenbewußtsein hätten. Ferner noch etwas. Der Zingstenerverein veranstaltet alljährlich auf Vereinskosten eine große Esserei (Wasserviertel mit rohen Kartoffelknödeln), was Verwüngen auch sehr angeht. Ich könnte meine Ausführungen noch erweitern, doch soll es für diesmal genügen. Die Zingstener Kollegen mögen nur, ehe sie Andern, die nach Lage der Sache nicht anders handeln konnten, gute Rathschläge erteilen, bei sich selbst Einkehr halten. Die Worte Brode's am Schluß seiner Korrespondenz: „Nieder mit dem Stastengeist, hoch die Solidarität!“ mögen vor Allen auch die Zingstener beherzigen.

Georg Wächlein.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Bekanntmachung.

In Güstrow ist in der Mecklenburgischen Waggonfabrik ein Streik ausgebrochen, der wegen seiner prinzipiellen Bedeutung vom Vorstand für vollkommen gerechtfertigt anerkannt ist.

Der Sachverhalt ist folgender: Die dortigen Arbeiter hatten in einer Versammlung das in der Fabrik herrschende Kolonnenystem zum Gegenstand der Erörterungen gemacht und war hierauf die Entlassung von 3 Mitgliedern des Holzarbeiterverbandes „wegen Mangel an Arbeit“ erfolgt. Mehrere Nebenstände und namentlich die Messerung eines die Ausbeutung seiner Nebenkollegen besonders betreffenden Kolonnenführers Maxens Mäh, daß er die Entlassung der drei Holzarbeiter veranlaßt habe und für die Entlassung der übrigen organisierten Arbeiter sorgen würde“, befristeten die bisher gehegte Vermuthung einer vorhandenen Maßregelung und wurde auf Beschluß einer gemeinschaftlichen Versammlung der Mitglieder der beiden Organisationen, der Holz- und Metallarbeiter, die Direktion brieflich ersucht, die Kolonnenführer Mäh und Schild zu entlassen. Statt jeder Antwort wurden seitens der Direktion die Arbeiter vor die Alternative, entweder aus ihren Verbänden auszutreten oder entlassen zu werden, gestellt, und eine hierauf von den Arbeitern gewählte Kommission, die die Aufhebung dieser Maßregel von der Fabrikleitung verlangte, nicht nur schroff abgewiesen, sondern sofort entlassen. Darauf erfolgte die Arbeitsniederlegung von 109 Metall- und 25 Holzarbeitern, alles Mitglieder des Metall-, resp. Holzarbeiterverbandes.

Nach Kenntniß dieser Sachlage erwarten wir von den Mitgliedern des Metallarbeiter-Verbandes, daß sie mit aller Entschiedenheit für die Streikenden eintreten und rege Theilnahme auf den dazu angelegenen Listen und umgehende Sendung von Geldern.

Zu den Listen bemerken wir, daß wir dieselben nicht nummerirt haben, sondern daß dies von jeder Ortsverwaltung selbst zu geschehen hat. Ebenso sind die an jedem Orte ausgegebenen Listen von dem Orte selbst zu revidiren und Sorge zu tragen, daß alles darauf verzeichnete Geld an den Hauptkassier eingekauft wird. Durch eine eingehende und aufmerksame Kontrolle seitens der Mitglieder oder der von ihnen bestellten Revisoren ist die Zurücksendung der Listen und dadurch Aufwendungen für Porto erspart.

Bis zum 27. August hatten trotz erfolgter schriftlicher Mahnung folgende Verwaltungsstellen die Abrechnungen für das I. Quartal 1894 noch nicht eingesandt:

- Altmaier i. Schl., Warmen, Nedarau, Hottweil, Sommerfeld, Wald (Hhulnd.), Wilhelmsburg b. Hamburg, Zeulenroda.

Folgende Mitgliedsbücher sind ungtlilig und aufzuhalten:

- Nr. 68278 des Klempners Herm. Neupert, geb. zu Auerbach i. S. am 31. Juli 1863.
- 71331 des Schlossers G. M. Otto Schewe, geb. zu Draisheim am 19. Dez. 1856.

Der Schlosser Emil Arthur Meigenstein, geb. in Reichenbach in Böhmen am 24. Mai 1866, Buch Nr. 68245, ist aus dem Verbands ausgetreten und geht seiner Rechte verlustig.

Von den nachfolgenden Orten ist der Zugang der Arbeiter der benannten Verufe sehr zu halten: Holz- und Metallarbeiter von Güstrow, Zingstener von Wredsen, Drescher von Leipzig-Plagwitz (Swidersch), Nähmaschinenarbeiter von Altenburg (Nähmaschinenfabrik von Winkelmann),

Altmeyer von Deuben bei Dresden (Emaillierfabrik Braune & Koch), Metall-Drücker von Nürnberg (Schöner, Metallwaarenfabrik), Verunmacher von Reula, Metallarbeiter von Darsruhe (Metallpatronenfabrik).

Alle für den Verband bestimmten Geldsendungen sind nur an die Adresse unseres Kassiers

Thyodor Werner, Stuttgart, Neckarstraße 160, 1.

zu richten, und ist auf dem für Mittheilungen bestimmten Postabschnitt zu bemerken, ob das Geld überwiesenes Vermögen eines aufgelösten Vereines, Einschreibegeld, für Beiträge oder der Erlös für Extramarken, Kongressprotokolle, Delegirtensteuer oder Generalkommissionsmarken ist.

Mit kollegialem Gruß Der Vorstand.

Der Schlosser Karl Waan, eingetreten in Kiel, sowie Emil Böhlinger aus Mannheim, in der Zeit von Oktober bis Dezember 1898 in Marburg in Oeffen in Arbeit, werden um Angabe ihrer Adressen gebeten. Die Ortsverwaltungen und Vertrauensmänner wollen eb. zur Auskunftsertheilung beifällig sein.

In der Abrechnung vom Juli ist bei „Streitaußschuß nach Altenburg“ die Summe nicht angegeben; es muß heißen: Streitunterstützung nach Altenburg M. 300.

Allgemeine Kranken- u. Sterbekasse der Metallarbeiter (E. S. 29, Hamburg).

Dresden-Neustadt. Das Mitgliedsbuch von Karl Gustav Konneburger 7798, Fabrikarbeiter, geboren 15. Oktober 1850, beigetreten am 14. Oktober 1888, ist verloren und wird hiermit für ungültig erklärt.

Litterarisches.

Die Kassale-Nummer des „Süd-deutschen Postillon“ ist soeben erschienen und versehen wir nicht, die Genossen auf diese Nummer aufmerksam zu machen. Die Redaktion ging von dem Grundsatz aus, daß sie sich für die würdigste Ehreung Kassale's besetzt habe, wenn wir dessen gedenken, was Kassale geschaffen hat. In diesem Sinne sind die meisten Beiträge gehalten und können wir diese Nummer als äußerst gelungen bezeichnen. Von dem reichen Inhalt heben wir insbesondere hervor: Klein- und Schlußbild, Zeitgedicht von Ernst Klar, Dem Andenken Ferd. Kassale's von Ed. Fuchs, sowie eine Anzahl äußerst interessanter Aphorismen aus Kassale's Werken.

Vereins-Anzeigen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.

Jachen. Samstag, 8. Septbr., Mitgliederversammlung. L.D.: Geschäftliches. Vortrag. Verschiedenes.

Alt- und Neugersdorf. Sonntag, 2. Sept., Vorm. halb 11 Uhr, öffentliche Metallarbeiterversammlung im Saale der „Felsenmühle“. L.D.: Berichterstattung von der Landeskonferenz, Gewerkschaftliches. Vor- und nach der Versammlung Beitragszahlung und Aufnahme neuer Mitglieder.

Altona. (Sektion der Schmiede.) Freitag, 7. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Meyer, Hospitalstraße 1.

Augsburg. Samstag, 1. Sept., Mitgliederversammlung mit Vortrag.

Bamberg. Samstag, 8. Sept., Mitglieder-Versammlung im Gasthaus zum „Rothen Ochsen“. Tagesordnung im Lokal.

Brandenburg. Dienstag, 4. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, Versammlung bei Winkel, Hauptstr. 34. — Die Kollegen werden ersucht, Umzüge, wegen Zustellung der Zeitung, stets bei der Ortsverwaltung anzumelden.

Brenzlau. Sonnabend, 8. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung in den „Drei Kronen“. Tagesordnung im Lokal.

Cannstatt. Samstag, 1. Sept., Mitglieder-Versammlung im „Nuffischen Hof“. L.D.: Eingahlung und Aufnahme. Verschiedenes.

Cannstatt. (Sekt. der Formier.) Samstag, 1. Septbr., Monats-Versammlung bei Chr. Peter, Olgastr., auf dem Seelberg. Tagesordnung im Lokal. — Den hier zu reichenden Kollegen zur Nachricht, daß wir hier zur Zeit kein bestimmtes Vertretungslokal haben; deshalb werden sie ersucht, Herrn Restaurateur Scholl nicht mehr so viel heilfährig zu wollen.

Crimmitschau i. S. Dienstag, 4. Sept., in der „Zentralherberge“ öffentliche Metallarbeiterversammlung. L.D.: Be-

richt über die Wurgener Konferenz. Delegirtenwahl zum Gewerkschafts-Komitee. Dis-kussion.

Elberfeld. Die Reiseunterstützung wird nicht mehr bei Baron, sondern im Konsumverein „Vorwärts“, Landsbergerstr. 98, aus-gegeben.

Dresden. Sonntag, 2. Sept., Nachm. 8 Uhr, großes Sommerfest der Einzelmitglieder des D. M. V. von Dresden und Umgebung im Garten der „Gambrius-Brauerei“, Böttcherstr. Belustigungen für Herren, Damen und Kinder. — Die in Nr. 84 für Sonnabend, 1. Sept., bereits angekündigte öffentliche Metallarbeiter-Versammlung findet erst am Sonntag, 9. Septbr., mit der gleichen Tagesordnung im „Triaon“ statt.

Eichensforde. Mittwoch, 5. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Jungjohann (Koslo-jeum“) Generalversammlung. L.D.: Oeffentliche Gewerkschaftsversammlung. Stel-lenannahme zur Konferenz in Neumünster. Verschiedenes.

Eisenach. Sonnabend, 1. Sept., Abds. 9 Uhr, Versammlung im „Fröhlichen Mann“. L.D.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Wahl eines Revisors. Verschiedenes.

Effen [Mühlr]. (Sektion der Klempner.) Sonntag, 2. Septbr., Vorm. 11 Uhr, bei Felsner, Viehhofstraße, Versammlung. L.D.: Aufnahme und Zahlung. Vortrag. Verschiedenes.

Fleensburg. Sonnabend, 8. Sept., Abds. 8 Uhr, öffentliche Metallarbeiter-versammlung im Gasthaus „Hohe Luft“. L.D.: Vortrag. Wahl eines Delegirten zur Konferenz in Neumünster. Verschiedenes. — Nachdem Mitglieder-Versammlung der allgem. Zahlstelle. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragszahlung. Fragekasten. Verschiedenes.

Fleensburg. (Sektion der Klempner.) Dienstag, 4. Sept., Mitglieder-versammlung bei Chr. Naafs, Schleswigerstr. Tages-ordnung im Lokal.

Frankfurt a. M. (Allg.) Samstag, 1. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Rebstock“, Kruggasse 4, Mitglieder-Versammlung. L.D.: Vortrag von Herrn Dr. Schreiber über die akuten Krankheiten des Athmungs-Apparates (Katarrhe, Influenza, Lungenent-zündung u. a.). Geschäftliches. Erziehung zur Ortsverwaltung. Verschiedenes.

Freiburg i. S. Samstag, 1. Septbr., Zusammenkunft in Fuchs's Restaurant. — Sonntag, 9. Sept., Langbergnägen auf der „Dornmühle“.

Fürth. Mittwoch, 5. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im Saale des „Grünen Baums“, öffentliche Metallarbeiter-versammlung. L.D.: Zweck und Nutzen des Deut-schen Metallarbeiterverbandes. Referent: J. Weikmann aus Nürnberg. Wahl von Ver-tretern zum Verein zur Wahrung gewerb-licher Interessen. Zu zahlreichem Besuche dieser Versammlung werden die Metallar-beiter von Fürth und Umgebung eingeladen.

Gaffeln. Sonntag, 9. Septbr., Nachm. 3 Uhr, Mitglieder-versammlung. Tages-ordnung im Lokal.

Göppingen. Samstag, 1. Sept., Abds. 8 Uhr, Versammlung in den „Drei Könige“ (oberes Lokal). L.D.: Eingahlung. Auf-nahme. Verschiedenes. — Die Mitglieder werden aufgefordert, sich an dem am 9. Sept. stattfindenden Walsfest des Sozialdem. Ver-eins zahlreich zu betheiligen.

Grünberg i. Schl. Sonnabend, 8. Sept., Vergnügen der hiesigen Metallarbeiter auf „Grünbergshöhe“. Eintritt 1 M. Alle Mit-glieder der hiesigen Filiale werden zur Be-theiligung aufgefordert.

Hagen i. W. Samstag, 8. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Herrnhardt, Ge-neralversammlung. L.D.: Aufnahme neuer Mitglieder. Beitragsleistung. Wahl eines Revisors. Fragekasten. Verschiedenes.

Hamburg. Mittwoch, 5. Sept., Abds. halb 9 Uhr, öffentliche Versammlung der Selbsthelfer, Gärtler und aller in diesen Branchen beschäftigten Arbeiter Hamburgs und Umgegend bei Herrn v. Salgen, Kaffa-macherreihe 6-7. L.D.: „Was bieten uns die gewerkschaftlichen Organisationen?“ Ref.: v. Gim. „Innere Organisation und die Arbeit hier am Orte.“

Hamburg-Gimsbüttel. Sonnabend, 9. Sept., Abds. halb 9 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Delfs, Ecke b. Vereins- und Bellalliancestr. L.D.: Vortrag: „Die französische Revolution“ (Fortsetzung). Be-richt vom Gewerkschafts-Komitee. Bericht von der kombinierten Vorstandssitzung. Wahl eines Kolporteurs. Anträge aus der Mitte der Versammlung.

Heidelberg. Samstag, Abends punkt halb 9 Uhr, Mitglieder-Versammlung im „Rothen Löwen“ (Eingang Eingasse). — Nachher Theilnahme an der Kassalefeier in Siegel's Bierhalle.

Hannover. (Sämml. Sekt.) Montag, 3. Sept., Abds. halb 9 Uhr, im „Wahlhof“, Versammlung. L.D.: Vortrag des Re-

alleurs Gen. Thielhorn. Abrechnung der Agitationskommission. Abrechnung der Biblio-thekskommission. Verlesung der gestrichenen Mitglieder. Verschiedenes.

Harburg. Sonnabend, 8. Sept., Abds. 8 Uhr, im „Gambrius“, Stiftungsfest mit Theater, Vorträgen und Ball. Karten sind bei den Unterkassirern zu haben. — Den reifenden Mitgliedern zur Nachricht, daß die Sperre über unsere Verbandsherberge wieder aufgehoben ist.

Karlruhe-Mühlburg. Samstag, 1. Sept., Abds. halb 9 Uhr, in der Restau-ration „Kaiserallee“ Mitglieder-Ver-sammlung.

Kiel. Mittwoch, 5. Sept., Abds. 8 Uhr, bei Ahrens, Alte Meise 8, Mitglieder-versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Kochhausen. Samstag, 8. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Vereinslokal. L.D.: Die verchiedenen Ver-besserungsorganisationen und deren Einwirkung auf die Kultur. Verschiedenes.

Leipzig (Zentr.). Den Einzelmitgliedern zur Nachricht, daß jeden Sonnabend, Abends von 8-10 Uhr die Zeitungen und Beitrags-marken in folgenden Lokalen des Bezirks-Zentrum zu entnehmen sind: Ost: Restau-rant Zahn, Kronprinzenstr. 6; Süd: Rest. „Kolumbus“, Körnerstr.; West: Restaurant zur „Morgensruhe“, Hauptmannstr.; Nord und Innere Stadt: im Herbergelokal, „Unversitätskeller“, Mitterstr. 7 und im Rest. Jäger, Glodenstr. Jedes Mitglied hat sein Verbandsbuch mitzubringen. — Den Ver-bandsmitgliedern steht eine reichhaltige Bibliothek zur Verfügung, und zwar jeden Sonnabend von 8-10 Uhr im Herbergelokal, Mitterstr. 7. Bei Entnahme von Büchern ist stets das Verbandsbuch vorzugeben.

Ludensweiler. Montag, 10. Septbr., im Lokale der Wwe. Schüge, Weilerstr. 84, Mitglieder-versammlung.

Mühlhausen i. Thür. Sonnabend, den 1. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Ver-sammlung. L.D.: Wahl eines Revisors. Besprechung über das diesjährige Stif-tungs-fest. Verschiedenes. — Die Mitglieder, be-sonders die Restanten, werden ersucht, voll-zählig zu erscheinen und ihren Verpflichtungen nachzukommen.

Mühlheim a. Rh. Montag, 3. Sept., Mitglieder-Versammlung. Tagesord-nung im Lokal. — Das Vereinslokal befindet sich Dammstr. 7 bei Herrn Wogen. — Von jetzt ab werden unsere Versammlungen pünkt-lich um 9 Uhr eröffnet. — Den reifenden Kollegen zur Nachricht, daß sich hier, Deuzer-strasse 146, Gastwirtschaft von Blum, eine Zentralherberge der vereinigten Gewerkschaften befindet. Die Kollegen werden aufge-fordert, nur diese zu besuchen und die Her-berge zur Heimath zu meiden.

Obergrüne. Sonntag, 2. Sept., Abds. 7 Uhr, Versammlung bei Kochs-Kampfer. L.D.: Zahlung der Beiträge. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag des Gen. Wilh. von Hey. Wahl eines Delegirten zur Ge-werkschaftskommission. Verschiedenes.

Oldenburg. Sonnabend, 9. Septbr., Abds. halb 9 Uhr, bei Sating, Kurwilsstr. 28, Metallarbeiter-versammlung. L.D.: Unter Anderem: Vortrag über Streiks.

Porzheim. Sonntag, 2. Sept., Aus-flug nach Durlach zum Besuch der Kollegen der dortigen Verwaltungsstelle. Abfahrt Früh 7 Uhr 53 Min. Hierzu sind die Mitglieder mit Familienangehörigen, sowie Freunde und Genossen freundlichst eingeladen. Anmel-dungen hierzu werden bis spätestens Sams-tag Abend im Lokal entgegengenommen.

Regensburg. Samstag, 1. Septbr., Abds. 8 Uhr, in der „Stadlerbrauerei“ (hnt. Lokaltät) Mitglieder-Versammlung. L.D.: Eingahlung und Aufnahme. Vortrag. Verschiedenes.

Renscheid. Wegen der am 2. Sept. in Ronsdorf stattfindenden Kassalefeier fällt die Monatsversammlung aus und werden die Mitglieder ersucht, sich zahlreich in Ronsdorf einzufinden.

Roslau. Sonnabend, 8. Sept., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei F. Schulze, Lindenstraße. Tagesordnung im Lokal.

Schmöln. Montag, 3. Sept., Abends halb 9 Uhr, Mitglieder-versammlung bei Grell. Tagesordnung im Lokal.

Schönberg. Mittwoch, 5. Sept., Abds. 8 Uhr, in Kegnig's Salon, Brunnenstr. 110, Mitglieder-versammlung. L.D.: Vor-trag: Volksglaube (Aberglaube). Referent in der Berz. Diskussion. Verbandsangelegen-heiten. Verschiedenes. Fragekasten. Auf-nahme neuer Mitglieder.

Schwelm. Sonntag, 9. Sept., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung bei Herrn Karl Müller. L.D.: Beitragszahlung. Aufnahme neuer Mitglieder. Vortrag. Die Mitglieder werden ersucht, zahlreich zu er-scheinen und Freunde und Bekannte mitzu-bringen.

Stuttgart. (Sektion der Flaschner.) Samstag, 2. Sept., Abds. 8 Uhr, im Gast-haus zum „Hirsch“, Zimmer Nr. 20, Ver-

sammlung. L.D.: Aufnahme und Ein-zahlung. Verschiedenes.

Stettin. Dienstag, 4. Septbr., Abds. 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung im Reinken'schen Lokal, Pöhlkerstr. 70. Die Mitglieder vom Zentrum der Stadt werden behufs Regelung der Bibliothek und Wahl zweier Mitglieder der Reiseunterstützungs-kassalkommission dazu eingeladen.

Wolfenbüttel. Sonnabend, 8. Sept., Abends halb 9 Uhr, bei Herrn Buchhalter, Wallstraße, Mitglieder-Versammlung. Tagesordnung im Lokal.

Zettl. Sonnabend, 1. Septbr., Abends 8 Uhr, Mitglieder-Versammlung in Danielson's Restaurant. — Nach der Ver-sammlung genüßliches Beisammensein. — Das Reisegeld wird nicht, wie in dem Adressenverzeichnis angegeben, ausgezahlt, sondern bei Wilhelm Gahn, Neumarktstr. 31. Auch befindet sich unser Vertretungslokal nicht „Zentralhalle“, sondern bei Danielson, Schuhmacherherberge, Sparrenstr. 84.

Anzeigen.

Nachrufe.

Unerwartet schnell nahm der Tod unseren Kollegen, ten Klempner Robert Mählberg aus Brenzlau von uns hinweg. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm die Mitglieder der Verwaltungsstelle Brandenburg.

Am 25. August verschied unser Kollege und Verbandsmitglied, der Schlosser Christian Bießinger im Alter von 24 Jahren. Ehre seinem Andenken. Ortsverwaltung Mannheim.

Aufforderung. Der Schlosser Emil Naumann aus Weitzow, Buch Nr. 41553, zuletzt in Augsburg, wird dringend aufgefordert, seine Adresse wichtiger Mittheilung halber an uns gelangen zu lassen. Ortsverwaltung Augsburg.

Der Schlosser Ludwig Saute, alias Schulz, wird aufgefordert, die schuldigen Gelder an die Ortsverwaltung Berlin-F. einzulösen, widrigenfalls die als Pfand zurückgelassene Schulden zur Versteigerung gelangt. — Wir warnen vor dem Klempner Grimwig aus Götlich, Buch Nr. 67277; derselbe sucht sich auf seiner Wanderschaft Geld von den Kollegen zu leihen unter dem Vorwande, in einer anderen Stadt Arbeit antreten zu müssen, läßt später jedoch nichts mehr von sich hören. Ortsverw. Berlin-F.

Aufforderung. Der Schlosser Wil-helm Dietrich, Nr. 88868, wird hierdurch aufgefordert, seiner Verpflichtung gegen den Vertrauensmann von Leipzig-Nord schnellst nachzukommen, wenn er sich nicht noch an-dere Unannehmlichkeiten bereiten will. Ferner ersuche ich die Verwaltungsstelle von Ober-Urfel, wo sich derselbe jedenfalls aufhält, denselben auf diese Aufforderung aufmerksam zu machen. Adolf Feyer, Vertrauensmann für Leipzig-Nord.

Aufforderung. Der Schlosser Albert Reischberg, Buch Nr. 16303, wird zum letzten Male aufgefordert, seinen Verpflichtungen innerhalb 14 Tagen nachzukommen, widrigen-falls wir andere Schritte thun. Wir ersuchen die Kollegen, M. auf Dieses aufmerksam zu machen, da uns seine Adresse nicht bekannt. Ortsverw. Renscheid.

Aufforderung. An die Verwaltungs-stellen und Vertrauensmänner des D. M. V., sowie an die Mitglieder ergeht das Ersuchen um ungeliebte Angabe der Adressen der Former Johann Sommer aus Schöfflin (Schweiz), 31 Jahre alt, und Friedr. Sieber, Buch Nr. 54871, aus Klein-Eßlingen, da der Bevollmächtigte in Unannehmlichkeiten ge-kommen ist und sie als Zeugen aufgefordert werden. Ortsverw. Schwab.-Gmünd.

Berichtigung. Nicht Karl Waan (I. Nr. 34) sondern Karl Waan wird um so-fortige Mittheilung seiner Adresse gebeten. Fritz Weber, Schlosser, Gaisburga bei Stuttgart.

Einen tüchtigen Feilenhauer gesucht sucht sofort oder später H. Sellmuth, Feilenhauermeister, Giesleben.

Reise-Handbuch für wandernde Arbeiter. Mit 3 Karten, gebunden Mark 1.50. Durch J. Scherm, Nürnberg und alle Buchhandlungen.